



AKREF-Nachrichten vom 17.04.2020 bis 24.04.2020

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Afghanistan: Umsetzung des Friedensabkommens beeinträchtigt	4
Ägypten: Islamische Terroristen von Polizei erschossen	5
Algerien: Schließung kritischer Medien	6
Äthiopien: Hungertote könnten weit mehr sein als die Opfer des Virus	7
China: Inhaftierungen und Kirchenabbriss an Ostern	8
China: Unerwartet großes Echo	9
China: Verbote der Regierung gegen Christen	10
China: „Botschafter der Hoffnung in einer schwierigen Zeit“	11
Deutschland: Dresden: Graffiti-Anschlag	13
Deutschland: Eingriffe in die Religionsfreiheit	14
Deutschland: Evangelische Allianz lehnt öffentlichen Muezzinruf ab	15
Deutschland: In Hameln ruft jetzt der Muezzin zum Gebet	17
Deutschland: Katholischer Pfarrer aus Nigeria verlässt Gemeinde	18
Deutschland: Proteste gegen geplante „Bitch Bibel“	19
Elfenbeinküste: Tag der Gefangenen	20
Frankreich: Morddrohungen gegen Christen im Elsass	21
Honduras: Migranten in Not	23
Iran: Christliche Menschenrechtsaktivistin verurteilt	24
Iran: Im Kampf gegen Corona	25
Iran: „Glücklich, euch an meiner Seite zu haben“	27
Israel: Orthodoxe Osterriten	29
Israel: Zahl antisemitischer Angriffe weltweit gestiegen	30
Jamaika: Evangelikale Bemühungen	31
Myanmar: Christliche Minderheiten leiden	32
Naher Osten: Große Offenheit von Muslimen für das Evangelium	33
Nicaragua: Seit zwei Jahren kommt es zu Unterdrückung und Verfolgung	34
Niger: Lebenszeichen eines entführten Priesters aufgetaucht	35
Niger: Szenen von Guerillakämpfen in den Städten	36
Nigeria: Fulani-Terroristen töten Christen	37
Österreich: 50 Tage Gebet für die aktuelle Corona-Situation	39

Pakistan: Christen benachteiligt	40
Paraguay: Katholische Bischöfe warnen vor Auswirkungen	41
Paraguay: Verbundenheit in besonders betroffenen Ländern	42
Peru: Angst vor Infektionsgefahr	43
Ruanda: Schattenseiten von Corona	44
Sri Lanka: Gedenken der Anschläge	45
Subsahara-Afrika: Verfolgte Christen von Pandemie besonders betroffen	46
Südafrika: Raubüberfall auf die Kathedrale in Kapstadt	48
Syrien: Vor sieben Jahren wurden zwei orthodoxe Bischöfe entführt	49
Tansania: Präsident lädt zum dreitägigen landesweiten Gebet ein	50
Ukraine: „Brücke der Hoffnung“ versorgt Notleidende	51
Usbekistan: Razzien trotz Ausgehverbot	52
Weltweit: ADRA engagiert sich weltweit zur Eindämmung der Coronakrise	54
Weltweit: Alles neu, alles beim Alten	57
Weltweit: Hinweis auf Ramadan	58
Westafrika, Kamerun, Nigeria, Tschad, Niger	59

Afghanistan: Umsetzung des Friedensabkommens beeinträchtigt

Covid-19

Kabul (Fides) – Der Abschluss eines Abkommens hatte zehn Jahre gedauert, und nach Vereinigten Staaten, den Taliban und die afghanische Regierung unterzeichnet hatten, waren die Hoffnungen gewachsen. Aber jetzt musste der Prozesse der Umsetzung des Abkommen angesichts der Covid-19-Pandemie eingefroren werden, was Afghanistan wieder in eine politische und soziale Pattsituation zurückversetzt. „Der erste Wunsch für dieses neue Jahr ist Frieden. Ich wünsche mir, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen Politikern gelöst werden. Ich wünschte, alle jungen Menschen hätten die Möglichkeit zu einer Ausbildung erhalten. Und sobald der Frieden wiederhergestellt ist und die Zeit der Pandemie vorbei ist, möchte ich alle afghanischen Provinzen besuchen und den Menschen helfen“, sagte Qais Murshid, 25-jährigen Anführer der Jugendbewegung "Friday For Future - Afghanistan". Der junge Mann drückt damit die Hoffnungen der jungen Afghanen in den ersten Wochen nach dem afghanischen Neujahrsfest aus, das nach dem persischen Kalender gefeiert wird, dessen Zählung im Jahr 1399 beginnt.

Murshid zieht dabei auch eine positive Bilanz des vergangenen Jahres: "Wir haben wichtige Ergebnisse für das afghanische Volk erzielt. Die Wahlen wurden endlich abgehalten, während die USA und die Taliban einen Pakt unterzeichneten. Darüber hinaus wurden einige Orte von historischem und kulturellem Interesse wieder aufgebaut, und es ist uns gelungen, die Aufmerksamkeit der Regierung auf das Thema Umwelt zu lenken."

Wie der Aktivist sagt, schien das Frühjahr 2020 ein Moment des Friedens und Erholung zu sein, aber das insgesamt fragile Gesamtbild wurde durch die Coronavirus-Pandemie und die damit verbundenen Gefahren beeinträchtigt. Trotz des im Februar unterzeichneten Friedensabkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Taliban-Bewegung bleibt die politische Situation in Afghanistan weiterhin ungewiss, worunter die Gesellschaft weiterhin leidet. Durch die Verbreitung der Covid-19-Epidemie scheint sich auch die Umsetzung des Friedensplans verlangsamt zu haben, auch weil sich die Vereinigten Staaten derzeit für die interne Bewältigung des nationalen Notfalls einsetzen.

Auch der Barnabita P. Giuseppe Moretti, der als Missionar in Afghanistan von 1990 bis 2015 tätig war, betont: "Nach der Vereinbarung des Abkommens zwischen der Regierung und den Taliban hoffen wir, dass Afghanistan einen echten Weg zum Aufbau einer menschlichen Nation einschlagen kann, einen Weg der Ruhe, der Entwicklung und des Friedens".

(LF-PA) (Fides 17/4//2020)

Ägypten: Islamische Terroristen von Polizei erschossen

Sieben Angehörige einer islamistischen Terrorzelle wurden am 14. April von der Polizei erschossen. Sie wurden verdächtigt, Christen in Ägypten während der landesweiten nächtlichen Ausgangssperre wegen Covid-19 zu überfallen. Nach Aussagen des ägyptischen Innenministeriums, dem die Polizei untersteht, plante die Bande vermutlich ihren Anschlag für Sonntag den 19. April, wenn die Orthodoxen Ostern feiern.

Ein Polizist wurde getötet, als die Sicherheitskräfte eine Razzia in einem zehnstöckigen Wohngebäude in Al Amiriya in Ostkairo durchführten, wo sich die Terroristen versteckt hielten. Die Sicherheitskräfte konfiszierten Waffen, Munition und sechs Maschinengewehre.

Ägypten hat seit 2017 den Ausnahmezustand, als IS-Selbstmordattentäter an Palmsonntag zwei Kirchen angriffen, wobei mindestens 46 Menschen getötet wurden.

Im Januar 2019 wurde ein ägyptischer Polizist getötet, als er versuchte, eine Bombe zu entschärfen, die zwei Tage vor dem 7. Januar, dem orthodoxen Weihnachtsfest, in der Nähe einer Kirche gefunden wurde. Am 29. Dezember 2018 töteten bewaffnete IS-Terroristen neun Christen, als sie unterwegs waren zu einer Kirche in Helwan, südlich von Kairo. Im Dezember 2016 wurden 29 Menschen getötet, vorwiegend Frauen und Mädchen, als ein IS-Attentäter seine Sprengsätze in einer Kirche nahe der Hauptkathedrale in Kairo zündete.

Quelle: Barnabasfund, bearbeitet und übersetzt von AKREF

Algerien: Schließung kritischer Medien

Covid 19 – gefährdet Pressefreiheit

(gfbv.) Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wirft Algeriens Regierung vor, Covid-19 zur gezielten Verfolgung der Demokratiebewegung und Einschränkung der Pressefreiheit zu nutzen. „Staatspräsident Abdelmadjid Tebboune nutzt Covid-19, um Kritik zu unterdrücken“, erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen. Nachdem Tebboune nach seiner Amtsübernahme im Dezember 2019 begrenzte Reformen angekündigt hatte, nutze er nun die Pandemie, um die Demokratiebewegung zu zerschlagen.

Statt die Gefängnisse zu leeren, um Häftlinge und Personal vor dem Virus zu schützen, kämen fast täglich neue politische Gefangene dazu. Nachdrücklich verurteilt die GfbV zudem die Schließung von drei kritischen Radiosendern und Nachrichtportalen, die die Behörden in den letzten zehn Tagen veranlasst haben. „Wir fordern die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen in Algerien, da eine Ausbreitung der Pandemie in den Gefängnissen droht. Auch müssen die zensierten Medien wieder frei arbeiten können. Unabhängige Information ist in diesen Zeiten wichtiger als je zuvor“, so Delius. Die GfbV kritisiert das Schweigen der Europäischen Union zur zunehmenden Verfolgung der Demokratiebewegung Hirak und der Einschränkung der Pressefreiheit.

Nach einem Tod eines Häftlings ließ Algerien zu Beginn des April aus Sorge um weitere Ausbreitung des Virus 5.000 Strafgefangene frei. Politische Gefangene wurden bei der Amnestie aber nicht berücksichtigt. Mindestens 51 Personen sind wegen Unterstützung von Hirak in Haft. Nicht nur in den Haftanstalten ist die medizinische Versorgung katastrophal. Mit 384 Virus-Toten gilt Algerien als das am stärksten von der Pandemie betroffene Land Afrikas. Aufgrund strikter Ausgangsbeschränkungen musste Hirak seine öffentlichen Proteste aussetzen. Diese hatten im April 2019 zum Sturz des langjährigen Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika geführt.

Einer der politischen Gefangenen ist der Journalist Sofiane Merakchi. Er wurde am 5. April 2020 zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil er Bildmaterial von Hirak-Protesten an den Fernsehsender Al-Jazeera weitergegeben haben soll. Die Staatsanwaltschaft hatte sogar zwei Jahre Gefängnis und eine hohe Geldstrafe beantragt. In Haft ist auch Khaled Drareni, Korrespondent des französischen Fernsehsenders TV5 Monde. Er habe angeblich zu öffentlichen Protesten aufgerufen, seine Aktivitäten bedrohten die Staatssicherheit. Am letzten Sonntag wurde das Online-Nachrichtenportal Interlignes von den Behörden geschlossen, nachdem in den Tagen zuvor bereits zwei Radiosender auf Anordnung der Behörden ihre Arbeit einstellen mussten.

Kontakt: Ulrich Delius, GfbV-Direktor

E-Mail: presse@gfbv.de, U.Delius@gfbv.de

Äthiopien: Hungertote könnten weit mehr sein als die Opfer des Virus

Katholische Missionare in Zeiten von Corona: „Wir sind uns bewusst, dass wir nur ein demütiges Zeichen der Liebe Jesu sind“

Adaba (Fides) – "Unsere Missionen sind zahlenmäßig klein, aber wir haben von Anfang an die Hinweise befolgt, die uns von öffentlichen und religiösen Behörden in Bezug auf den Schutz vor Covid-19 gegeben wurden", so der Fidei Donum-Missionar, Pfarrer Nicola de Guio, der in Adaba in der Apostolischen Präfektur Robe tätig ist. „Seit einigen Wochen feiern wir heilige Messen nur in der Mission von Adaba, in der wir ansässig sind, aber wir können derzeit die beiden anderen Missionen in Dodola und Kokossa nicht mehr besuchen, die 25 und 95 km entfernt sind. Die Jugendlichen unseres Familienhauses auf dem Gelände der Mission nehmen an der täglichen Liturgie teil. Es sind etwas mehr als ein Dutzend. Wir versuchen in dieser kleinen Mission, mit deren Aufbau wir begonnen haben, den Menschen trotzdem so nah wie möglich zu sein. Wir versuchen, uns durch Telefonanrufe in Kontakt zu bleiben und setzen so unser missionarisches Engagement fort“, berichtet der Missionar.

"Wir sind sehr besorgt um die gesamte Bevölkerung, die sich nicht schützen kann und in sehr prekären Verhältnissen lebt. Insbesondere in der Apostolischen Präfektur, wo mit der Schließung der Schulen der Mission, die sich mit dem Schulgeld finanzieren, weit Mitte März die Einnahmen weggefallen, die für die Gehälter von 180 Mitarbeiter gebraucht werden, die in dieser Zeit kein Gehalt bekommen. Ein kleiner Schulfonds garantiert zwar die Zahlung Löhne für ein oder zwei Monate. In diesem Moment sind wir Missionare uns bewusst, dass wir nur ein kleines und demütiges Zeichen der Liebe Christi in diesem Land sind", so der katholische Geistliche.

"Tag für Tag", schreibt Pfarrer Nicola, "spüren wir die zunehmende Besorgnis und den Ernst der Situation, die das fragile Gesundheitssystem belastet. Normale Menschen, nicht nur die Armen, sind nicht in der Lage, bestimmte vorbeugende Maßnahmen umzusetzen: Armee und Polizei versuchen, die Einhaltung von Standards sicherzustellen, deren Annahme oft instinktiv abgelehnt wird. "

Der erste Fall einer Ansteckung in Äthiopien wurde am 13. März gemeldet. Sowohl die äthiopische Regierung als auch die katholische Kirche versuchen seither, angemessene Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Ein Lockdown ist für eine Bevölkerung, die von sehr wenig lebt und oft in Hütten oder Hütten wohnt mit einer Tradition, die sich auf die mündlich Weitergabe von Informationen beschränkt fast unmöglich.

Die Hungertoten könnten weit mehr sein als die Opfer des Virus. Die Situation wurde insbesondere durch die jüngste Invasion von Heuschrecken verschärft, die 200.000 Hektar Ackerland verwüsteten.

(NdG/AP) (Fides 22/4/2020)

China: Inhaftierungen und Kirchenabriss an Ostern

Behörden gehen weiter gegen Kirchen vor

Chengdu/Xining (idea) – Trotz Corona-Krise ist die Kommunistische Partei Chinas während der Osterzeit gegen Kirchen im Land vorgegangen. Dem Hilfswerk International Christian Concern (ICC/Washington) zufolge verhafteten Sicherheitsbeamte am Ostersonntag (12. April) kurzzeitig sechs Leiter der protestantischen Untergrundgemeinde „Early Rain Covenant Church“ (Chengdu/Provinz Sichuan) während eines Online-Gottesdienstes. Die rund 5.000 Mitglieder umfassende Gemeinde war in der Vergangenheit immer wieder ins Visier staatlicher Stellen geraten. Erst am 26. Dezember 2019 hatte ein Gericht ihren Leiter Wang Yi unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu neun Jahren Haft verurteilt. Ihm wurden „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsmacht“ und „illegale Geschäftstätigkeit“ vorgeworfen. In der Nacht zum 10. Dezember 2018 waren der regierungskritische Pastor zusammen mit seiner Frau Jiang Rong und fast 100 Mitglieder der Gemeinde festgenommen worden. Die meisten wurden mittlerweile freigelassen. Einige von ihnen sagten, die Polizei habe sie gefoltert, damit sie gegen Wang aussagten. Laut ICC kann sich die Kirche seitdem nicht mehr versammeln und hatte daher zu Ostern einen digitalen Gottesdienst abgehalten. Beamte hätten diesen unterbrochen, als sie mitbekamen, dass eine Predigt von Wang Yi abgespielt wurde. Die Inhaftierten seien bereits wieder auf freiem Fuß, so ICC. Es sei nicht ungewöhnlich, dass die Behörden während christlicher Feiertage gegen die „Early Rain Covenant Church“ vorgehe, jedoch könnten die jüngsten Verhaftungen auch darauf zurückzuführen sein, dass ein Kirchenmitglied Klage wegen unrechtmäßiger Belästigung und Überwachung erhoben und dazu im Internet mehrere Blogbeiträge veröffentlicht habe.

Kirche zu Ostern abgerissen

Das Hilfswerk China Aid meldet, dass chinesische Beamte zeitgleich die staatlich anerkannte Donghu-Kirche in Xining (Provinz Qinghai) abgerissen haben. Sie habe etwa 300 Gottesdienstbesucher aufnehmen können und sei damit eine der größten in der Region gewesen. Die Kirche sei 2013 staatlich registriert worden, habe dennoch immer Verfolgung durch die Behörden erlebt. Diese hätten in den vergangenen Jahren wiederholt versucht, das Gebäude mit der Begründung zu schließen, es erfülle die Brandschutzanforderungen nicht und stelle damit eine Gefahr dar. Ende 2019 hätten die Behörden schließlich den Strom abgestellt und den Gemeindeleiter Li Xuejiao aufgefordert, die Kirche sofort zu schließen. Der Abriss sei für 2020 angekündigt worden. Wie ICC berichtet, hat die Kirche 2018 und 2019 mehrfach versucht, andere Räumlichkeiten zu kaufen, dies sei ihr jedoch nicht erlaubt worden. Trotz Diskriminierung und Verfolgung wächst die Zahl der Christen in der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik. Sie liegt nach Schätzungen bei bis zu 130 Millionen. Davon trifft sich ein großer Teil in staatlich nichtregistrierten Gemeinden. Zum Vergleich: Die Kommunistische Partei hat 83 Millionen Mitglieder.

China: Unerwartet großes Echo

Neue Informationen aus Kirchen & Hausgemeinden sowie aus Politik & Gesellschaft

Online-Gottesdienst fand unerwartet großes Echo

[CS] In einer großen Kirche in einem sehr alten Stadtteil von Wuhan waren die Gottesdienste wie überall in China wegen der Virus-Epidemie geschlossen. Die Gemeinde installierte wegen dieser Sperre einen Online-Gottesdienst und war höchst erstaunt über dessen Ergebnis: Die Kirche ist groß genug für etwa 2.000 Gemeindeglieder, doch schon beim Beginn dieser Online-Übertragungen nahmen rund 100.000 Internetnutzer an dieser Verkündigung teil..

Über das Internet können sich auch kirchendistanzierte Menschen anonym einklinken, ohne dass sie die für sie viel zu hohen Schwellen der Kirchentüren in aller Öffentlichkeit überwinden müssen.

Neue Offenheit für das Evangelium

[AH] Mehrere Hauskirchenleiter berichten, seit der Corona-Epidemie sei es zu einer neuen Offenheit gegenüber dem Evangelium von Jesus Christus gekommen. Menschen, die durch Online-Verkündigung und über Telefonate angesprochen worden sind, würden realisieren, dass Geld und Besitz sie nicht retten kann. Es sei gelungen, innerhalb einer Woche 40.000 Bibeln zu verteilen.

Politische Querelen und der Vertrauensverlust Chinas

[SCMP] Frau van der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, lobte mit warmen Worten die Regierung Taiwans für eine Spende von 5,6 Mio. Masken an die EU. Dies hat nun zu harschen Protesten auf der chinesischen Seite geführt, für die Taiwan als eine abtrünnige Provinz gilt. Der tiefere Grund der Entrüstung liegt aber wohl wo ganz anders: Als China Anfang März große Mengen medizinischer Ausrüstung und ein großes Ärzteteam nach Italien sandte, da war von der EU kein anerkennendes Wort zu hören über diese Geste Chinas einem EU-Mitgliedsstaat gegenüber. Stattdessen warnte die EU ihre Mitgliedstaaten vor einer Einflussnahme Chinas durch Lieferung von medizinischem Material. Der Lobpreis von van der Leyen kam sicher auch nicht zufällig wenige Tage, nachdem Präsident Trump den „Taipei Act“ unterzeichnet hatte, eine Initiative an Verbündete, Taiwans politische Selbständigkeit zu unterstützen. Diese war durch die Weigerung der chinafreundlichen WHO, Taiwan wenigstens einen Beraterstatus zu gewähren, stark infrage gestellt worden. In der Anfangsphase der Corona-Epidemie hatte China die übliche Verschleierungstaktik angewandt und so deren Ausbreitung ermöglicht, Hilfslieferungen ins Ausland wurden später allzu offensichtlich nach politischem Kalkül gesteuert, die USA wurden hart beschuldigt wegen der Streichung der Flugverbindungen nach China, obwohl Chinas Freunde wie z. B. Russland, Iran und Pakistan schon vorher die Grenzen dicht gemacht hatten. In diesem Stil gingen die Querelen weiter und Peking verliert nun zunehmend das Vertrauen in der Welt.

XI Jinping besuchte Ningbo

[SCMP] Am 10. März besuchte der chinesische Staatspräsident die Hafenstadt Ningbo in der Provinz Zhejiang. Erstmals trat er dort bei einem Rundgang im Freien auf ohne eine Atemschutzmaske. Der Grund für diesen völlig überraschenden Besuch war schnell zu erkennen: XI Jinping regierte diese Provinz als Parteichef mit harter Hand ab 2002 bis er im Jahr 2007 zu höheren Weihen in Peking aufstieg und schließlich Parteipräsident wurde. Über den Hafen von Ningbo, dem drittgrößten Container-Umschlagplatz der Welt mit 27,5 Mio. Containern p. a., läuft ein großer Teil des chinesischen Exports. Nachdem XI drei Wochen zuvor bei seinem Besuch in Wuhan sich dafür feiern ließ, dass die Corona-Krise jetzt weitgehend unter Kontrolle sei, war sein Besuch in Ningbo nun das klare Signal dafür, dass sich jetzt alle Bemühungen auf die wirtschaftliche Gesundung und auf den Wiederaufstieg Chinas konzentrieren müssen.

Das übliche Verfahren

[SCMP] REN Ziquiang (69), Parteimitglied und einst Chef des staatlichen Immobilienkonglomerats Huayuan, war seit dem 12. März plötzlich spurlos verschwunden, nachdem er einen Artikel über das Versagen Pekings in der Corona-Krise online stellte. Darin hatte er sich auch kritisch gegenüber dem Machtzuwachs von Präsident XI Jinping geäußert. Am 7. April hat nun die Disziplin-Kommission der Partei bekanntgegeben, REN werde wegen „Schwerem Verstoß gegen Gesetz und Disziplin“ angeklagt.

Quelle: China – Informationen 2020 – 09

China: Verbote der Regierung gegen Christen

(CSI) Die Diözese Zhejiang weist darauf hin, dass die kommunistische Regierung Priestern verboten habe, an christlichen Begräbnissen teilzunehmen. Auch dürften Lieder nur noch leise gesungen werden. Die Zahl der aktiven Teilnehmer sei auf zehn Personen begrenzt worden.

CSI-Deutschland | Postfach 21 03 39 | 80673 München

China: „Botschafter der Hoffnung in einer schwierigen Zeit“

China ist das Ursprungsland der Corona-Pandemie. pro hat bei einem Insider nachgefragt, wie sich die aktuelle Lage dort entwickelt und welche Hürden Christen dort haben, wenn sie Online-Gottesdienste durchführen.

pro: Wie ist die Lage in China heute?

Jan Vermeer: Die Beschränkungen werden langsam aufgehoben, was bedeutet, dass die Situation unter Kontrolle ist.

Wie ist die Situation in den Kirchen und christlichen Gemeinschaften?

Im Allgemeinen können sich die Christen online treffen und es geht ihnen gut. Sie versuchen ihrem Umfeld zu helfen. Aber erst vergangene Woche berichtete eines meiner Teammitglieder, dass chinesische Christen aufgefordert wurden, Online-Gottesdienste zu beenden.

Können sie Online-Gottesdienste so einfach durchführen wie in Europa?

Allgemein gibt es, abgesehen von einigen Ausnahmen, keine Hindernisse und die Menschen können Online-Gottesdienste frei durchführen. Aber sie müssen darauf achten, dass sie die Regierung nicht kritisieren oder Ausländer in ihren Dienst einbeziehen. Chinas Regierung ist dagegen allergisch.

Wie war es in der Hochzeit der Krise?

Die digitalen Angebote der Christen blühten während der Pandemie. Viele Hauskirchen und einige Staatskirchen haben begonnen, ihre Gottesdienste, Gebetstreffen und Hauskreistreffen live zu übertragen. Vorher wöchentliche Gebetstreffen fanden nun zum Teil täglich statt. So konnten die Christen während der Sperrzeit miteinander in Verbindung bleiben. In der Provinz Shandong gaben aber die beiden größten staatlich-regulierten religiösen Organisationen – die Patriotische Drei-Selbst-Bewegung und der Chinesische Christenrat – eine gemeinsame Erklärung heraus.

Was stand darin?

Sie forderten die Kirchen am 23. Februar auf, ihre Predigten nicht mehr online zu verbreiten. Außerdem wurden die örtlichen Behörden angewiesen zu überprüfen, ob sich Kirchen noch heimlich treffen und diese Treffen zu beenden. 700 Kilometer weiter südlich in der Provinz Anhui wählten die beiden Organisationen eine andere Vorgehensweise.

Und die wäre?

Die Verlautbarung erlaubte der Staatskirche während der Quarantäne Online-Chaträume einzurichten. Gleichzeitig warnte sie die Pfarrer davor, sich online mit Christen zu verbinden, die nicht zu ihrer eigenen Gemeinde gehören. Außerdem war beziehungsweise ist es verboten, Links zu Predigten, Gottesdiensten oder Gebeten von Predigern oder Personen weiterzugeben, die nichts mit dem unmittelbaren und registrierten Veranstaltungsort der Kirche zu tun haben.

Rechnen Sie mit weiteren solcher Maßnahmen?

Bisher haben unsere Partner nur von drei solchen Ankündigungen gehört. Aber wir erwarten weitere solcher Schritte. Die Regierung ist bekannt dafür, solche Erklärungen zu veröffentlichen, um die Kirchen zur Unterordnung zu zwingen. Daran haben sich die Christen in China gewöhnt. Für viele von ihnen wird sich nichts ändern. Sie nutzen weiter jede Gelegenheit, um nichtgläubige Freunde und Fremde einzuladen, das Evangelium zu hören, und es zu predigen.

Wie sehr kann die Regierung die Kirche unter Druck setzen?

Die Kirche hat nach und nach gelernt, keine Inhalte zu veröffentlichen, die so verzerrt werden können, dass sie wie regierungsfeindliche Botschaften aussehen. Stattdessen ruft sie ihre Gläubigen auf, für das Land und die Machthaber zu beten. Sie beten dafür, dass das Virus lokal und global eingedämmt wird, aber auch für das Gesundheitspersonal, Betroffene und ehrenamtliche Helfer. Außerdem haben viele Christen kostenlos Essen, Gesichtsmasken und Desinfektionsmittel an Bedürftige verteilt. Die Ausbreitung des Virus in China hat sich deutlich verlangsamt. Aber dennoch gehen die Kirchen davon aus, dass die Regierung weder die Zeit noch die Mittel hat, um die Aktivitäten der Kirche zu verfolgen, außer im Online-Bereich.

Was bedeutet das für die Zukunft?

Die Behörden stecken in einem Dilemma. Die Christen haben in den vergangenen Monaten in ihrem Einsatz für Kranke außergewöhnlich viel Mut und Großzügigkeit bewiesen. Wenn die Epidemie abgeklungen ist, steht die Regierung in Erklärungsnot. Aus ihrer Sicht darf nicht der Eindruck entstehen, dass Christen diejenigen sind, an die man sich in Notzeiten wenden kann. Zusätzlich haben gerade während der Pandemie viele Kirchen auch eine starke Online-Präsenz gezeigt. Deswegen brauchen Christen in China jetzt unsere Unterstützung. Sie haben sich dafür entschieden, mutig, großzügig und Botschafter der Hoffnung zu sein.

Kann man den Zahlen der chinesischen Regierung vertrauen?

Wir haben keine Möglichkeit, zu bestätigen, ob die Statistiken richtig oder falsch sind.

Was können die westlichen Länder von China bei der Bewältigung der Coronakrise lernen?

Das ist schwer zu beantworten. Auf jeden Fall ist eine eingehende Analyse der unterschiedlichen Vorgehensweisen seitens der Regierungen und Behörden in China und im Westen erforderlich und welche Ergebnisse dabei erzielt wurden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Jan Vermeer ist für Open Doors tätig als Kommunikationsdirektor für Asien. Er ist Autor der Bücher „Das Haus mit dem Zeichen“ sowie „Warum verfolgst Du mich?“

Die Fragen stellte Johannes Blöcher-Weil

übernommen von pro das christliche Medienmagazin

Deutschland: Dresden: Graffiti-Anschlag

auf das CVJM-Veranstaltungszentrum – Vierstelliger Schaden: Verein muss Kosten für die Beseitigung selbst tragen

Dresden (idea) – Bislang unbekannte Täter haben einen Graffiti-Anschlag auf das CVJM-Veranstaltungszentrum „Schuppen A“ in Dresden verübt. Wie der Verein mitteilte, fand der Vorfall in der Nacht vom 20. auf den 21. April statt. Weite Teile des im Hafen Dresden-Neustadt befindlichen Zentrums seien betroffen. Die Täter sprühten unter anderem bunte Schriftzüge, darunter die Formulierung „Gott stikt!“ (sic!). „Besonders schmerzlich dabei ist, dass die mühevollte Arbeit eines ehrenamtlichen Teams, das in den vergangenen zwei Jahren die Fassade neugestaltet hatte, damit zu einem großen Teil vernichtet ist“, schreibt der Verein auf seiner Internetseite. Der CVJM hat bereits Anzeige erstattet, wird den schätzungsweise vierstelligen Betrag für die Schadensbeseitigung jedoch selbst tragen müssen. Laut dem Geschäftsführer im CVJM-Landesverband Sachsen, Andreas Frey (Dresden), stellt das zusätzlich zum ungeplanten Belegungsausfall auf dem CVJM-Schiff – einem Bildungs- und Begegnungszentrum – durch die Corona-Krise eine weitere starke finanzielle Herausforderung dar. Der CVJM Sachsen wurde im Juni 1990 wiedergegründet. Er umfasst 33 Vereine mit rund 1.300 Mitgliedern. Der Verband erreicht jährlich mit seinen Veranstaltungen und regelmäßigen Treffen mehr als 24.000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Leitender Referent ist Matthias Kaden.

Deutschland: Eingriffe in die Religionsfreiheit

Diese sind „ungeheuerlich“ sagt der Journalist und Jurist Heribert Prantl: Ich habe lange gewartet, „dass die Kirchen deutlicher werden“

Mainz/Schwerin (idea) – Die Rufe werden lauter, die Grundrechte trotz der Corona-Krise zu beachten. Der Journalist und Jurist Heribert Prantl kritisierte im ZDF-Morgenmagazin (20. April), dass in die Religionsfreiheit in einer Weise eingegriffen werde, „die meines Erachtens ungeheuerlich ist“. Er fragte: „Warum soll der Bürgermeister, ein Innenminister Gottesdienste verbieten können?“ Er habe lange gewartet, „dass die Kirchen deutlicher werden“, so Prantl. Er halte auch Demonstrationen unter bestimmten Voraussetzungen für möglich, wenn etwa Abstandsregeln eingehalten werden. Man solle nicht radikal sagen: „Grundrechte passen nicht zu Notzeiten. Wenn es so ist, sind die Grundrechte nichts wert.“ Prantl war von 2011 bis 2019 Mitglied der Chefredaktion bei der Süddeutschen Zeitung.

Amthor: Gottesdienste wieder ermöglichen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor plädiert dafür, Gottesdienste trotz der Corona-Pandemie wieder zu ermöglichen. „Auch mit den derzeit geltenden Hygiene- und Abstandsvorschriften sind Gottesdienste möglich“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur in Schwerin. So könne man Sitzplätze über eine App oder über das Telefon vergeben. Im Blick auf sein Heimatland Mecklenburg-Vorpommern sagte der Katholik: „Gerade angesichts der hier vielerorts ohnehin leider recht geringen Zahl an Gottesdienstbesuchern erscheinen mir die pauschalen Beschränkungen für die Religionsausübung übrigens besonders unverhältnismäßig.“ Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass in den vergangenen Tagen etwa für Friseure und Baumärkte „sinnvolle und notwendige Perspektiven aufgezeigt wurden, für Gottesdienste aber derzeit noch nicht“. Amthor begrüßte, dass sich Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) derzeit um eine Lösung mit den Religionsgemeinschaften bemühe. In den kommenden Tagen soll es Gespräche zwischen Kirchenvertretern und Politikern von Bund und Ländern geben, wie Gottesdienste unter Einhaltung der Hygieneregeln zum Schutz vor Corona wieder stattfinden können. In Sachsen sind seit dem 20. April Gottesdienste mit höchstens 15 Teilnehmern möglich.



Deutschland: Evangelische Allianz lehnt öffentlichen Muezzinruf ab

Krefeld lehnt ab und Evangelischer Kirchenkreis begrüßt ihn als „Trost und Stärkung“ für Muslime

Krefeld (idea) – Die Evangelische Allianz Krefeld hat sich gegen die Genehmigung des öffentlichen Muezzinrufs in der Stadt ausgesprochen. Das geht aus einer Stellungnahme der Allianz hervor. Die Stadtverwaltung hatte am 16. April den Moscheegemeinden gestattet, den islamischen Gebetsruf täglich um 19 Uhr per Lautsprecher im Freien zu übertragen. Die Erlaubnis gilt befristet für die Zeit, in der Kirchen, Moscheen und Synagogen wegen der Corona-Pandemie geschlossen bleiben müssen, erklärte Stadtsprecher Dirk Senger gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Sie solle ein Zeichen der Toleranz und der Empathie sein. Die Entscheidung sei im Einvernehmen mit den beiden großen Kirchen und der jüdischen Gemeinde in Krefeld getroffen worden.

Der Muezzinruf ist „eine Proklamation muslimischen Glaubens in der Öffentlichkeit“

Die Evangelische Allianz erklärte in ihrer Stellungnahme, beim Muezzinruf handele es sich nicht nur um einen Gebetsaufruf, sondern „um eine Proklamation muslimischen Glaubens in der Öffentlichkeit“. Dabei würden die Aussagen verkündet: „Ich bezeuge, dass es keine Gottheit gibt außer Allah“, „Ich bezeuge, dass Mohammed Allahs Gesandter ist“ und „Es gibt keine Gottheit außer Allah“. Dadurch werde der alleinige Anspruch Allahs vermittelt. Darüber hinaus werde Jesus Christus herabgewürdigt, weil er öffentlich unter den Propheten Mohammed gestellt werde. Der Muezzinruf sei deshalb nicht gleichzusetzen mit dem Glockenläuten christlicher Kirchen, das neutral zum Gebet einlade, ohne ein „Ärgernis für Andersgläubige“ zu enthalten. Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Was wird geschehen, wenn Christen per Lautsprecher in islamisch geprägten Straßen ausrufen: ‚Jesus ist Gottes Sohn. Er ist an Karfreitag gekreuzigt worden und vom Tod auferstanden. Jetzt thront er im Himmel an Gottes rechter Seite.‘?“

Kirchenkreis: Muezzinruf ist Bekenntnis zum Monotheismus

Der Evangelische Kirchenkreis Krefeld-Viersen begrüßte dagegen die Erlaubnis des Muezzinrufs. Er spende ebenso wie das Läuten von Kirchenglocken „Trost und Stärkung in schwierigen Zeiten“, erklärte die Synodalbeauftragte für das Christlich-Islamische Gespräch, Katrin Meinhard, auf der Internetseite des Kirchenkreises. Es sei „ein gutes und wichtiges Indiz für ein gelingendes Zusammenleben in unserer Stadt“, dass Menschen im Gebet vereint seien. Darüber hinaus sei der islamische Gebetsruf „ein Bekenntnis zum Monotheismus, zum Glauben an einen Gott, wie wir ihn auch im Christentum haben“. Jesus werde auch im Islam als „Gesandter Gottes“ anerkannt. Die Bezeichnung Mohammeds als „Gesandter Gottes“ im Gebetsruf sei „eine muslimische Aussage, zu der wir Christen und Christinnen unterschiedliche Auffassungen vertreten“.

Christen könnten sie zum Anlass nehmen, muslimische Mitbürger zu fragen, „warum Mohammed ihnen wichtig ist“, und selbst erzählen, „was sie an Jesus schätzen“.

Deutschland: In Hameln ruft jetzt der Muezzin zum Gebet

Evangelische Kirchengemeinden begrüßen die Erlaubnis der Stadt

Hameln (idea) – Auf ein geteiltes Echo ist in der niedersächsischen Kreisstadt Hameln die Erlaubnis der Stadtverwaltung gestoßen, den beiden islamischen Gemeinden in der Corona-Pandemie ab dem 17. April am Freitagnachmittag um 13.30 Uhr einen öffentlichen Gebetsruf zu erlauben. Nach Angaben der Stadtverwaltung sollen die in der Stadt lebenden Muslime auf diese Weise daran erinnert werden, zu Hause zu beten. Denn von den Versammlungsbeschränkungen sind auch die Freitagsgebete der Muslime betroffen. Wie die Pressesprecherin der Stadt, Janine Herrmann, der Evangelischen Nachrichtenagentur idea sagte, halten sich Kritik und Zustimmung in etwa die Waage. Kritiker hätten darauf hingewiesen, dass in islamischen Ländern Kirchen vielfach unterdrückt würden. Bewohner in der Nachbarschaft hätten davon berichtet, dass sie den Gebetsruf des Muezzins gar nicht gehört hätten. Wie viele Muslime unter den rund 57.000 Einwohnern in Hameln leben, ist der Stadtverwaltung nicht bekannt.

Pfarrer mahnen Respekt an

Zustimmung kommt von den evangelischen Kirchen. Vier Pastoren begrüßten die Initiative: „Muslime haben genau wie Christen und alle anderen Religionen in Deutschland das Recht, ihre Religion frei auszuüben. Dazu gehört auch der Ruf zum Gebet, der bei uns Christen durch Glocken geschieht“, schrieben Pastorin Ulrike Schimmelpfeng sowie ihre Kollegen Uwe Rumberg (beide Marktkirche St. Nicolai), Gerold Lange-Kabitz (Zum Heiligen Kreuu) und Markus Lesinski (Münster St. Bonifatius) in einer gemeinsamen Erklärung im Internet. An die Kritiker appellieren sie: „Wir bitten diejenigen, die diese Ansicht nicht teilen, allen Menschen gerade auch in ihrer Religionsausübung Respekt und das durch die Verfassung geschützte Recht entgegenzubringen.“ Auch Superintendent Philipp Meyer (Hameln) sieht im Muezzinruf kein Problem und verweist auf das Recht auf freie Religionsausübung.

Polizei ermittelt

Unterdessen musste während des ersten Gebetsrufes die Polizei einschreiten. Wie es im Polizeibericht heißt, gerieten Passanten während des Muezzinrufes in Streit. Eine 25-jährige Muslima aus Hameln habe den Gebetsruf mit dem Handy aufgenommen. Ein 70-Jähriger aus Minden habe sich durch die Lautstärke belästigt gefühlt. Er habe der Frau das Kopftuch weggerissen. Daraufhin sei der Ehemann ihr zu Hilfe geeilt. Die beiden Männer hätten sich gegenseitig beleidigt, und es sei auch zu „körperlichen Auseinandersetzungen“ gekommen. Gegen beide Männer hat die Polizei Strafverfahren eingeleitet.

Deutschland: Katholischer Pfarrer aus Nigeria verlässt Gemeinde

Nach Anfeindungen hält das Bistum Speyer die Situation für nicht länger zumutbar

Speyer/Queidersbach (idea) – Der aus Nigeria stammende katholische Pfarrer Patrick Asomugha wird seine Gemeinde im pfälzischen Queidersbach bei Kaiserslautern verlassen. Das teilte das Bistum Speyer am 17. April mit. Grund dafür sind massive Anfeindungen und Drohungen. Seit Mitte des vergangenen Jahres sei Asomugha, der seit August 2017 die Pfarrei Heiliger Franz von Assisi in Queidersbach leitet, immer wieder bedroht worden. Im Herbst 2019 wurden die Reifen seines Autos zerstochen. Im März dieses Jahres hätten Unbekannte auf dem Garagentor des Pfarrers eine Morddrohung hinterlassen. Zwei Tage später seien dann zwei Glasflächen mit wahrscheinlich alkoholischen Inhalt vor der Eingangstür des Pfarrhauses, in dem Asomugha im Obergeschoss wohnt, zertrümmert worden. Deshalb hätten er und das Bistum gemeinsam beschlossen, dass Asomugha die Gemeinde zum 20. April verlassen werde. Generalvikar Andreas Sturm erklärte dazu: „Die Sorge für den Schutz und die Gesundheit von Pfarrer Asomugha macht diesen Schritt unumgänglich.“ Die Pressestelle des Bistums teilte der Evangelischen Nachrichtenagentur idea auf Nachfrage mit, dass zwar sämtliche Taten angezeigt worden seien, die Polizei aber bisher keine Urheber habe ermitteln können.

Pfarrer Asomugha: Ich kann meinen Aufgaben so nicht mehr nachkommen

Asomugha selbst bedauert, dass es so weit gekommen ist: „Ich kann unter diesen Umständen meinen Aufgaben als Pfarrer in Queidersbach nicht mehr nachkommen.“ Er habe in den letzten Monaten immer wieder zur Versöhnung aufgerufen. Die Angriffe gegen seine Person machten es inzwischen jedoch „nahezu unmöglich, in Queidersbach ein normales Gemeindeleben zu führen“. Dem Bistum zufolge wird Asomugha nun eine andere Aufgabe übernehmen.

Entsetzen über die Vorgänge

Der Diözesanvorstand des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) Speyer geht von rassistisch motivierten Taten aus. Er sei „entsetzt, wenn Menschen auf Grund ihrer Hautfarbe, Herkunft oder sonstigen Eigenschaften aus Angst ihre berufliche Tätigkeit nicht mehr ausüben können oder ihre Stelle verlassen“ müssten. Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Wenn das in unserem kirchlichen Kontext geschieht, schämen wir uns zutiefst. Jede Form von psychischer und physischer Gewalt gegen Menschen verurteilen wir.“ In Kirche und Gesellschaft dürfe es keinen Platz für Rassismus geben. Deshalb wolle man sich dafür einsetzen, „dass in unserer Kirche ein Klima für Verständnis, Respekt, Toleranz, faires Miteinander sowie die Grundlagen des Evangeliums weiter“ wüchsen.

Deutschland: Proteste gegen geplante „Bitch Bibel“

Mehr als 15.800 unterzeichnen Petition gegen das Buch einer Influencerin

Leipzig/München (idea) – Eine Online-Petition fordert den Stopp eines geplanten Buches unter dem Titel „Bitch Bibel“ (Schlampen-Bibel). Autorin ist die Influencerin Katja Krasavice (Leipzig) – eigentlich Katrin Vogelová – die unter anderem durch freizügige Videos auf der Plattform YouTube bekannt wurde. Heute erreicht sie über das soziale Netzwerk Instagram etwa 2,3 Millionen Menschen. Auf dem Titel ist Krasavice als Jungfrau Maria zu sehen – allerdings nur mit einem rosafarbenen Schleier und einem Rosenkranz bekleidet. Das Buch soll am 3. Juni in der Münchner Verlagsgruppe riva erscheinen. Dagegen richtet sich nun eine Eingabe unter dem Titel „Stoppen Sie die Veröffentlichung der ‚Bitch Bibel‘“. Den Aufruf auf der Petitionsplattform CitizenGO haben seit dem 22. April über 15.851 Bürger (Stand 23. April, 17 Uhr) unterzeichnet. Dem Aufruf zufolge zieht die 23-Jährige mit ihrem „bewusst provokativen blasphemisch-gotteslästerlichen Auftritt“ den christlichen Glauben „in den Dreck“. In einem auf der Plattform veröffentlichten Schreiben an die Geschäftsführer der Münchener Verlagsgruppe, Matthias Setzler und Christian Jund, heißt es, Buchtitel und Buchcover riefen bei der christlichen Bevölkerung Abscheu und Entsetzen hervor sowie „eine Ablehnung, die sicherlich nicht gerade positiv auf Ihren Verlag zurückfallen wird“. Die Veröffentlichung solle darum sofort zurückgezogen werden. Medienberichten zufolge erreichten die Verlagsgruppe zudem bereits mehr als 1.000 Beschwerde-E-Mails. Einen Rückzug des Titels lehne das Unternehmen jedoch mit Verweis auf die Kunst- und Meinungsfreiheit ab. Auf dem Verkaufportal Amazon ist das Buch auf Platz 3 der Bestsellerliste. Die Stiftung CitizenGO möchte nach eigenen Angaben das Leben, die Familie und die Freiheit auf eine effektive Art durch Online-Petitionen und Aktionen verteidigen und fördern.

Elfenbeinküste: Tag der Gefangenen

Katholische Kirche fordert humanere Haftbedingungen

Abidjan (Fides) – Die katholische Kirche in der Elfenbeinküste feiert seit 2007 jedes Jahr am Sonntag der Barmherzigkeit den Tag der Gefangenen. Die Initiative wurden von der bischöflichen Kommission für soziale Seelsorge auf den Weg gebracht und soll die Nähe der katholischen Kirche zu den Gefangenen zum Ausdruck bringen ihnen die Barmherzigkeit Gottes vermitteln, aber auch auf die Situation in den ivoirischen Gefängnissen aufmerksam machen.

Anlässlich des vierzehnten Tages der Gefangenen, dessen Hauptfeierlichkeiten dieses Jahr in der Erzdiözese Gagnoa stattfinden sollte, aber wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden musste fordert Pfarrer, Charles Ouidjo Siwa in seiner Eigenschaft als Sekretär des Ausschusses für Gefängnisseelsorge, fordert die Achtung der Menschenwürde und aus aktuellem Anlass besondere Hygiene-Maßnahmen in ivoirischen Gefängnissen.

"Es gibt Situationen in unseren Gefängnissen, die die Würde des Menschen untergraben, zum Beispiel die Überlastung. In einigen Justizvollzugsanstalten in der Elfenbeinküste gibt es nicht einmal Toiletten. Natürlich unternehmen die Regierungen Anstrengungen, die wir begrüßen, aber wir glauben, dass bisher nicht genug getan wurde", so Pfarrer Siwa.

Auch der sonst übliche Besuch in den Justizvollzugsanstalten des Landes mit der Ausgabe von Essen und Mahlzeiten war dieses Jahr aufgrund der Coronavirus-Pandemie nicht möglich. Pfarrer Siwa ruft dennoch zur Solidarität auf und lädt Christen und Menschen guten Willens ein, Gefangene zu unterstützen und den Gefängnissen ein menschlicheres Gesicht zu geben.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus begnadigte der nigerianische Präsident Alassane Ouattara insgesamt eintausend Gefangene und reduzierte die Strafe für weitere tausend.

In der Elfenbeinküste gibt es insgesamt 34 Gefängnisse und Justizvollzugsanstalten mit einer Gefängnisbevölkerung von 16.800 Insassen. Das größte und berühmteste Gefängnis des Landes, das "Abidjan Correction and Detention Center (MACA)", das für 1.500 Insassen ausgelegt ist, hat heute eine Gefängnisbevölkerung von 7.400 Gefangenen. Ein Drittel davon (2.141) befindet sich in Untersuchungshaft.

(S.S.) (L.M.) (Fides 20/4/2020)

Frankreich: Morddrohungen gegen Christen im Elsass

Medien machten sie für die schnelle Verbreitung des Virus verantwortlich

Mulhouse (idea) – Die Mitglieder einer pfingstkirchlichen Gemeinde im elsässischen Mulhouse erhalten wegen aufgetretener Corona-Infektionen in ihren Reihen Morddrohungen. Das bestätigte ihr Pastor Samuel Peterschmitt (55) auf Nachfrage gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Die Gemeinde „Porte Ouverte Chrétienne“ (Christliche offene Tür) hatte vom 17. bis 21. Februar Tage des Fastens und Betens veranstaltet, an denen rund 2.300 Personen teilnahmen. Als am 28. Februar die erste Familie aus der Gemeinde positiv auf das Coronavirus getestet wurde, warfen Medien und Frankreichs Gesundheitsminister Olivier Véran der Gemeinde vor, dass sich von dort aus die Epidemie auf das gesamte französische Staatsgebiet ausgebreitet habe. Wie Peterschmitt gegenüber idea sagte, hatte die Gemeinde zur Zeit der Veranstaltung noch keine Hinweis erhalten, dass das Virus in ihrer Region bereits im Umlauf sei. Es habe auch keine Warnung von den Behörden gegeben. Zudem habe keiner der Teilnehmer Symptome der Krankheit gezeigt. „Als wir später jedoch von den Erkrankungen erfuhren, haben wir von uns aus sofort die Behörden informiert und die Kirche vorsorglich am 3. März geschlossen.“ Erst einige Tage danach habe es staatliche Anweisungen gegeben, so Peterschmitt. „Hätten wir von der bereits bestehenden Gefahr in unserer Region gewusst, hätten wir die Veranstaltung selbstverständlich abgesagt.“

„Es tut uns leid, dass wir Teil dieser Krise geworden sind“

Peterschmitt räumte ein, mit der Großveranstaltung durchaus mitverantwortlich für den Ausbruch der Corona-Pandemie in Frankreich zu sein. Er verweist aber zugleich auf weitere Massenveranstaltungen im Zeitraum des Gebetstreffens. „Warum soll das Virus nicht auch dort weitergegeben worden sein?“. So habe beispielsweise Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Mulhouse am 18. Februar besucht und nur rund 300 Meter von der Kirche entfernt Kontakt zu den dort versammelten Bewohnern gehabt. In den Blick sei die freikirchliche Gemeinde deshalb geraten, weil sie den Ausbruch des Virus in ihren Reihen frühzeitig bei den Gesundheitsbehörden gemeldet habe, so Peterschmitt. Daraufhin hätten sich die Medien auf sie „gestürzt“ und bei den französischen Bürgern Wut auf die Freikirche geschürt. Für die Anfeindungen sieht der pfingstkirchliche Pastor unterschiedliche Gründe: Zum einen würden Freikirchen in Frankreich immer noch mit Argwohn betrachtet und oft als Sekten angesehen, zum anderen habe die Bevölkerung in dieser Krisensituation einen Sündenbock und ein Ventil für ihre Ängste gebraucht. „Es tut uns sehr leid, dass wir Teil dieser Krise geworden sind.“ Es sei bis heute unklar, wie viele Menschen sich bei dem Gebetstreffen angesteckt haben.

Drohungen, die Kirche anzuzünden

Laut Peterschmitt sind die vergangenen Wochen herausfordernd für die mehr als 2.500 Mitglieder der Gemeinde gewesen. Wiederholt würden sie auf der Straße verbal bedroht. In den Sozialen Medien und per SMS erhielten sie Nachrichten, in denen stehe, dass man sie mit „Kalaschnikows erschießen“ oder die Kirche anzünden müsste. „Die Behörden haben uns Gemeindemitarbeitern geraten, in der aufgeheizten Atmosphäre die Gemeinderäume vorerst nicht mehr aufzusuchen.“ Außerdem hätten sie versprochen, dass die Polizei häufiger an der Kirche Streife fahren werde.

29 Gemeindemitglieder sind gestorben

Laut Peterschmitt mussten rund 70 Gemeindemitglieder ins Krankenhaus. 29 seien gestorben. Die Gemeinde kämpfe mit diesem Verlust und trauere. Gleichzeitig beobachtet der Pastor jedoch auch ein Zusammenwachsen in der Krise und eine stärkere Hilfsbereitschaft füreinander. Man bete viel und besinne sich auf das Wort Gottes. Peterschmitt hofft, dass sich die Rolle seiner Gemeinde in der Corona-Krise später noch aufkläre. Derzeit finden ihm zufolge – wie in allen anderen Kirchen Frankreichs auch – keine öffentlichen Gottesdienste im Gebäude statt. Wenn irgendwann Lockerungen unter bestimmten Auflagen erfolgten, werde die Kirche sie befolgen, betonte der 55-Jährige.

Der Pastor war selbst schwer erkrankt

Auch Peterschmitt infizierte sich mit dem Coronavirus und musste wegen eines schweren Krankheitsverlaufes im Krankenhaus mit Sauerstoff versorgt werden. Er hat nach eigenen Angaben am 24. Februar erste Symptome bemerkt, aber erst eine normale Grippe vermutet. Nachdem er zunehmend schwächer geworden sei, habe er sich am 6. März ins Krankenhaus begeben. „Es ging mir so schlecht, dass ich mich innerlich auf den Tod vorbereitete.“ Fünf Tage lang habe die Behandlung nicht angeschlagen, so dass der Arzt eine andere probieren wollte. In dieser Nacht habe er Gott um Hilfe gebeten. Am nächsten Morgen sei das Fieber verschwunden, so Peterschmitt. Zwei Tage später sei er entlassen worden. Es sei Gottes Gnade zu verdanken, dass er noch lebe.

Honduras: Migranten in Not

„Diese humanitäre Notlage betrifft uns alle“

Choluteca (Fides) - "Ungefähr 300 Menschen aus Haiti, Kuba und Afrika (hauptsächlich Haitianer) haben die Zimmer für die Unterbringung, die wir Choluteca, Honduras, vor 24 Tagen angemietet hatten, bereits überfüllt", heißt es in einem Schreiben der Abteilung für menschliche Mobilität der katholischen Kirche in Guatemala zur Lage von Migranten in Honduras, Guatemala, Nicaragua und Mexiko.

"Diese Menschen haben kein Geld ... Es gibt viele Minderjährige und schwangere Frauen. In einem der Häuser gibt es eine Frau, die kurz vor der Geburt steht. Sie erklärt, dass sie nicht im Krankenhaus aufgenommen wurde, weil sie keinen Wohnsitz hat".

"Aufgrund der Gesundheitskrise sind Hunderte von ihnen in der zentralamerikanischen Region gestrandet", heißt es in den Schreiben, "Einige wurden von Honduras nach Nicaragua ausgewiesen. Die Tausenden von Haitianern und Afrikanern, die es geschafft haben, nach Mexiko einzureisen, sind in Tijuana und Tapachula zu sehen und warten dort auf die Bewilligung eines Asylantrags oder die Möglichkeit weiterzureisen". "Diese Menschen haben keine Arbeit und man will ihnen keine Häuser vermieten, sie sind verpöht, gefürchtet und diskriminiert und nun auch Verdächtige und potenzielle Träger des Coronavirus", beklagt das Schreiben.

"Es stellt sich die Frage: Was ist zu tun? Die Menschenrechte dürfen beim Grenzübertritt nicht verloren gehen. Wir bitten dringend um humanitäre Hilfe: Nahrung, medizinische Versorgung, Zugang zur Gesundheit und Zugang zur Justiz. Die honduranische Regierung muss sofort reagieren und sich um diese Migranten kümmern. Im Notfall muss die notwendige Hilfe koordiniert und von internationalen Hilfsorganisationen angefordert werden", so die Abteilung für Migranten, "Wir müssen IOM, UNHCR, UNICEF und zivile Organisationen um dringende Unterstützung bitten, da dies zu einer humanitären Krise geworden ist".

"Dies betrifft Menschen. Dies betrifft uns. Es geht um uns alle", so Pater Juan Luis Carbajal, CS, Sekretär der Abteilung für menschliche Mobilität der katholischen Kirche in Guatemala abschließend.
(CE) (Fides 17/04/2020)

Iran: Christliche Menschenrechtsaktivistin verurteilt

Sie hatte an einer regierungskritischen Demonstration teilgenommen



Die Studentin Mary Mohammadi

© Artikel 18

Teheran (idea) – Ein iranisches Gericht hat die christliche Konvertitin und Menschenrechtsaktivistin Mary Fathemeh Mohammadi (21) zu einer Haftstrafe von drei Monaten und einem Tag sowie zehn Peitschenhieben verurteilt. Die Strafe wurde für ein Jahr zur Bewährung ausgesetzt und hängt von ihrem künftigen Verhalten ab. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation „Artikel 18“ (London). Das Urteil beziehe sich auf die Teilnahme der jungen Frau an „regierungsfeindlichen“ Demonstrationen nach dem Absturz eines ukrainischen Passagierflugzeugs im Januar. Gegenüber der Menschenrechtsorganisation sagte sie, dass es keine Beweise gegen sie gebe. Sie habe aber dennoch keine Rechtsmittel eingelegt, weil sich die iranischen Berufungsgerichte in Bestätigungsgerichte verwandelt hätten.

Nicht die erste Verurteilung

Die 21-Jährige war am 12. Januar in Teheran verhaftet worden, als sie zusammen mit Hunderten Bürgern gegen die Desinformationspolitik der iranischen Regierung zum Abschuss einer Verkehrsmaschine durch Islamische Revolutionsgarden protestiert hatte. Dabei waren 176 Menschen an Bord ums Leben gekommen. Mohammadi setzt sich seit Jahren für die Rechte der Christen im Iran ein. Deswegen war sie bereits 2017 zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt worden. Nach ihrer neuerlichen Verhaftung hatten die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und idea sie als „Gefangene des Monats März“ benannt. Sie kam aber unerwartet bereits am 26. Februar auf Kaution frei. 95 Prozent der über 81 Millionen Einwohner des Iran gehören zum schiitischen Zweig des Islams. Nach Angaben des christlichen Hilfswerks Open Doors liegt die Zahl der Christen bei rund 800.000.

Iran: Im Kampf gegen Corona

u.a. Freilassung von Gefangenen

Die Situation:

Der Iran hat durch die Corona-Pandemie viele Herausforderungen. Die wirtschaftliche Situation ist schlimmer als je zuvor. Die schleppende Reaktion, Mangel an Transparenz und das Fehlen einer Strategie seitens der Regierung, sowie die Sanktionen durch die USA und der Absturz der Ölpreise haben dem iranischen Gesundheitssystem Schaden zugeführt, ebenso der wirtschaftlichen Situation und dem Leben der Menschen. Trotz des Schweizerischen Humanitären Handelsabkommens (SHTA) haben viele Firmen Schwierigkeiten, durch die Banken Zahlungen abzuwickeln und sind nicht bereit, Risiken einzugehen. Obwohl einige internationale humanitäre Organisationen, europäische Länder wie Frankreich und Deutschland und die Welt-Gesundheitsorganisation (WHO) dem Iran Medikamente, medizinische Ausrüstung und einiges an humanitärer Hilfe geschickt haben, reicht das nicht aus, um die Ausmaße des Desasters in Angriff zu nehmen.

Was geschieht?

Nach offiziellen Statistiken, die vom iranischen Ministerium für Gesundheit und Medizinische Ausbildung (MoHME) vom 15. April herausgegeben wurden, gibt es 76.389 Corona-Fälle und 4.777 Tote. Einige Beamte und Parlamentarier sind allerdings gegen die täglichen Berichte des Gesundheitsministeriums über Patientenzahlen, da die eigentlichen Zahlen viel höher liegen sollen. Eine neue veröffentlicht wurde, zeigt, dass die tatsächliche Anzahl von Todesopfern doppelt so hoch ist und die Anzahl der Infektionen acht bis zehnmal höher liegt als die Statistik des MoHME angibt. Nach diesem Bericht beträgt die Zahl der Toten schätzungsweise 8.609 und die Anzahl der Corona-Fälle liegt zwischen 600.000 und 750.000.

Aufgrund dieser Studie wird das Virus 400 Tage andauern und den Höhepunkt im November 2020 erreichen. Eine weitere Studie mit einer anderen Methode, die durch das Institut für Technologie in Massachusetts und das Virginia Tech durchgeführt wurde, vermutet, dass die Zahlen ähnlich sind wie in der MoHME Studie.

„Die Ausbreitung des Corona-Virus in Iran begann in Ghom (der Heimat der islamischen Shia-Theologie) und hat die islamischen Hardliner geschockt.“

Die Situation wird sich vermutlich verschlimmern

Die Tatsache, dass das iranische Gesundheitssystem am Rande des Zusammenbruchs steht und angesichts der Wirtschaftskrise, wird vorausgesagt, dass die Situation sich wesentlich verschlimmert. Patienten mit schon bestehenden Krankheitsbildern haben kaum Zugang zum Gesundheitssystem, was für viele Menschen größeres Leiden und Schmerzen bedeutet. Viele haben ihre Arbeit verloren. Fabriken und Firmen haben geschlossen. Da es kein funktionierendes Wohlfahrtssystem gibt, haben Arme und Gefährdete kaum eine Chance zu Überleben.

Corona-Virus – eine Herausforderung für die islamische Religion im Iran

Die Verbreitung des Corona-Virus im Iran, angefangen in Ghom, der Heimat der islamischen Shia-Theologie, hat die islamischen Hardliner geschockt. Der Oberste Führer, Ayatollah Ali Khamenei, hat anfangs das Virus politisiert und es als „falsche Krankheit“ und einen „guten Grund für den Feind, unserer Wahl zu schaden“ bezeichnet. Später, als die Gefahr deutlich wurde, sagte er „natürlich ist diese Kalamität nicht so groß. Es hat schon größere Kalamitäten als diese gegeben, die wir überwunden haben. Mit Gebet und Reinheit des Herzens bin ich sicher, dass wir dieses überwinden werden“.

Obwohl das Virus sich von Ghom aus verbreitete, dem Zentrum der Shia-Theologie, hatten die Regierung und viele islamische Gelehrte Probleme, die Tatsache zu akzeptieren, dass das Virus nicht „vom Feind“ kam. Daher war die erste Reaktion, wie bei Khamenei, die Situation zu politisieren. Einer der Geistlichen, Mohammad Saaidi sagte: „Der Feind will den Islam zerstören und sich an Ghom rächen“. Aus diesem Grund kämpften viele Geistliche, einschließlich des Obersten Führers, gegen die Schließung heiliger Stätten wie der Masoumeh Schrein in Ghom und der Imam Reza Schrein in Mashhad. Er weigerte sich auch, Ghom unter Quarantäne zu stellen.

Abgesehen von den politischen Herausforderungen standen die Geistlichen auch theologischen Herausforderungen gegenüber. Einige Muslime glauben, dass der Islam den Muslimen, besonders den Gerechten, verheißt, sie zu beschützen, auch vor Viren. Die heiligen Schreine waren das Haus der Heilung und das Haus der Zuflucht. Jetzt sind beide „die Gerechten und die Heiligen Stätten“ unter Attacke. Ghom erlebte den Höhepunkt der Virusinfektionen, die sich von dort aus weiter verbreitete – nicht nur über den Rest des Landes, sondern auch in andere Länder des Nahen Ostens und drüber hinaus. Ihre heiligen Schreine wurden zu unreinen Stätten, die die Menschen nicht mehr betreten durften.

Viele Geistliche fanden es schwer, die Situation zu akzeptieren. Einige islamische Seminaristen gingen zu den Schreinen, leckten daran und filmten sich dabei und sagten: „Diese heilige Stätte hindert das Virus daran, einzudringen“, und „diese Stätten der Heilung schützen uns vor dem Virus“. Einige Geistliche waren besorgt, dass die Menschen ihr Vertrauen in die religiösen Einrichtungen und ihre Führer verlieren. Obwohl die Meinung sich ändert wird das Thema Religion und Corona im Iran weiterhin debattiert.

Freilassung von Gefangenen

Um in den überfüllten Gefängnissen das Virus unter Kontrolle zu halten, hat der Iran vorübergehend **85.000 Gefangene** entlassen, deren Gefängnisstrafen unter fünf Jahren liegen. Diejenigen, die freigelassen wurden, mussten Kautionen hinterlegen. Der Betrag entspricht der Höhe ihrer Gefängnisstrafe. Ihre vorübergehende Freilassung wurde bis zum Ende des persischen Kalendermonats (19. April 2020) ausgeweitet. Viele von ihnen kennen das genaue Datum ihrer Rückkehr ins Gefängnis noch nicht. Mindestens acht christliche Konvertiten aus dem Islam waren unter denen, die vorübergehend freigelassen wurden.

Dauerhafte Freilassung christlicher Gefangener

Unter den Christen, die vorübergehend freigelassen wurden, waren mindestens vier Personen, die nicht mehr ins Gefängnis zurückkehren müssen und ihre Kaution zurück erhalten. Weitere vier Personen, die noch nicht benachrichtigt wurden sind Khalil Dehghanpour, Hossein Kadivar, Kamal Naamanian und Mohammed Vafada.

Es befinden sich allerdings mindestens noch zehn Christen im Gefängnis, die trotz wiederholter Aufforderungen nicht freigelassen wurden. Diese sind Yousef Naderkhani, Mohamad Reza (Yohan) Omid, Zaman (Saheb) Fadaei, Nasser Navard Gol-Tapeh, Mohammad Ali Mossayezbازه, Abdolreza Haghnejad, Shahrooz Eslamdoust, Babak Hosseinzadeh, Mehdi Khatibi, and Behnam Akhlaghi.

Christen, ebenso wie viele Iraner, machen sich Sorgen um ihre Zukunft. Viele haben ihre Arbeit verloren und leben in Armut. Trotz dieser Schwierigkeiten berichten iranische Christen, dass sie folgendes tun:

- Freiwillige mobilisieren, um Lebensmittel, Händedesinfektionsmittel und Masken an Straßenkinder und Wohnungslose verteilen;
- Eine andere christliche Gruppe berichtet, dass sie alte Menschen und Familien in Not mit Lebensmittelpaketen versorgt;
- Einige kleine Hauskreise berichten, dass jede christliche Familie eine andere Familie, die in Not ist, adoptiert, sich um sie kümmert und mit Lebensmitteln und Medizin versorgt;
- Eine Frau, die selbst Not leidet, sagte: „Ich habe nicht viel zu geben, aber ich kann beten. Ich verbringen meine Tage meistens im Gebet und damit, andere zu ermutigen und ebenfalls zu beten.“

Um es mit dem persischen Dichter Saadi Shirazi (1213-1291) zu sagen: „Menschen sind wie die Teile eines Körpers, aus derselben Substanz geschaffen. Wenn ein Teil leidet und Schmerzen hat, können die anderen nicht in Frieden leben und schweigen. Wenn das Elend anderer dich gleichgültig lässt und du dir keine Sorge um sie machst, kannst Du nicht ein Mensch genannt werden.“

Quelle: Barnabasfund, bearbeitet und übersetzt von AKREF



Iran: „Glücklich, euch an meiner Seite zu haben“

Inhaftierter Christ schreibt aus Evin-Gefängnis

(Open Doors, Kelkheim) – Iran ist eines der Länder, die am härtesten vom Ausbruch des Coronavirus betroffen sind. Mehrere der dort inhaftierten Christen wurden im Zuge der Anstrengungen zur Eindämmung der Pandemie entlassen. Andere, wie der im Mai 2017 zu zehn Jahren Haft [verurteilte Nasser Navard Gol-Tapeh](#), verbüßen unverändert ihre Strafe. Den folgenden, sehr emotionalen Brief schrieb er jüngst aus dem Evin-Gefängnis in Teheran.

„Niemand könnte ich all das allein durchstehen“

Im Namen des Herrn, „wahrlich, ihr seid unsere Ehre und unsere Freude“ (1.Thessalonicher 2,20). An alle lieben Brüder und Schwestern, die von Gottes Liebe und Gnade beschenkt sind.

Ich sende euch Grüße, während ich mich hinter den hohen und mit Stachel draht bewehrten Mauern des Evin-Gefängnisses nach eurer Gemeinschaft sehne. Mein Herz ist voller Liebe, Fürsorge und Dankbarkeit, wenn ich über all die Erinnerungen an unsere Zeiten der Gemeinschaft nachsinne. Ich schreibe auf, was aus meinem Herzen zu euch hinausdringt. Ich erinnere mich an eure geistlichen Zusammenkünfte, in denen ihr in Einheit des Geistes und des Herzens Lieder für den Herrn gesungen habt, um ihn zu verherrlichen. Ich bin [im Geist] bei euch. Mauern und Entfernungen halten mich nicht fern, auch wenn ich deshalb Kummer empfinde; ihr seid immer in meinen Gebeten [...]. Ich danke Gott für die Unterstützung, mit der ihr mich beschenkt habt, [...] dass ihr meine Lasten geteilt, mir Kraft gegeben und mich ständig ermutigt habt. Wie glücklich bin ich, euch an meiner Seite zu haben! Niemand könnte ich all das allein durchstehen; der Herr trägt mich [...] mit der Wärme eurer Liebe durch die Härte dieses Kerkers. Die wichtigste Botschaft, die ich hörte, war, einander zu lieben. Möge die Liebe und Fürsorge des Herrn mit euch sein und euch beschützen. „Wer will uns scheiden von der Liebe Christi? Trübsal oder Angst oder Verfolgung oder Hunger oder Blöße oder Gefahr oder Tod?“ – (Römer 8,35)

Mit all meiner Liebe und Fürsorge

Nasser Navard

Ähnlich wie der 58-jährige Gol-Tapeh verbüßen derzeit noch drei weitere Christen wegen ihres Glaubens zehnjährige Haftstrafen im Evin-Gefängnis ([offizielle Anklage](#): Gefährdung der nationalen Sicherheit u.a.): **Yousef Nadarkhani** (42), Mohammad Reza (Yohan) Omid (46), und Zaman (Saheb) Fadaei (36).

Mehrere Christen wegen der Pandemie vorzeitig entlassen

Erfreuliches gibt es dagegen von anderen ehemals inhaftierten Christen zu berichten, die aufgrund der Corona-Pandemie wieder in Freiheit sind. Unter dem Eindruck der Entwicklung in China, wo Gefängnisse als Brandherde der Ausbreitung des Virus identifiziert wurden, hat die iranische Regierung im März über 80.000 Häftlinge entlassen. Darunter befanden sich einige Christen, denen zunächst nur eine begrenzte Zeit des Freigangs zugestanden wurde, unter anderem Mahrokh Ghanbari (62) und Amin Khaki (36). Mahrokh Ghanbari wurde am 2. April bei ihrer planmäßigen Rückkehr ins Gefängnis mitgeteilt, man „benötige“ sie dort nicht mehr. Am 6. April wurde auch Amin Khaki darüber in Kenntnis gesetzt, dass seine Haft ohne Auflagen beendet sei. Beide hoffen darauf, dass die Behörden ihnen die zwischenzeitlich hinterlegte Kaution zurückzahlen.

Die Informationen wurden zu großen Teilen von Article18 bereitgestellt.

Bitte beten Sie für Nasser Navard und die anderen Christen im Iran: (siehe auch [AKREF Artikel Iran](#))

- Beten Sie für Nasser Navard Gol-Tapeh, dass Jesus seine Sehnsucht nach Gemeinschaft stillt und ihn im Glauben stärkt.
- Beten Sie auch für die anderen weiterhin inhaftierten Christen und deren Familien, dass sie während der Trennung Gottes Versorgung erleben.
- Danken Sie für die vorzeitige Entlassung von Mahrokh Ghanbari und Amin Khaki und beten Sie um Erholung von der Haftzeit.
- Beten Sie, dass weitere Christen entlassen werden und Jesus den Machthabern Weisheit im Umgang mit der Pandemie schenkt.

Israel: Orthodoxe Osterriten

in Zeiten von Covid-19: Zur Zeremonie des "Heiliges Feuers" in der Grabeskirche nur zehn Personen zugelassen

Jerusalem (Fides) - Das Verbot der israelischen Regierung religiöse Feiern und Versammlungen abzuhalten, um die Ausbreitung der Epidemie einzudämmen, wirkt sich auch auf die Riten der Karwoche der Ostkirchen aus, die das Osterfest der Auferstehung am morgigen Sonntag, den 19. April feiern. Trotzdem haben die israelischen Behörden erlaubt, dass die Zeremonie des "Heiligen Feuers" in der Grabesbasilika stattfinden darf, wenn auch in ungewöhnlicher Form. Die Zeremonie findet am Vorabend des Osterfestes statt und wird von den Gemeinden der orthodoxen Kirchen und der alten Ostkirchen in aller Welt freudig erwartet.

Normalerweise versammeln sich am Vorabend des Osterfestes Tausende orthodoxer Christen in der Basilika, die an dem Ort errichtet wurde, an dem nach der Überlieferung Jesus Christus begraben und auferstanden war, um am Ritus vor Ostern teilzunehmen: dem griechisch-orthodoxen Patriarchen von Jerusalem, der sich seinen Weg durch die Menge bahnte betritt die "Aedicola", die neu restaurierte wurde, die im Inneren des Heiligtums die Überreste einer Höhle enthält, die spätestens seit dem vierten Jahrhundert nach Christus als Grab Jesu verehrt wurde. Dort betet allein das Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche in Jerusalem und hält dabei eine Lampe, deren Feuer das ganze Jahr über brennt und vor dem Ritus gelöscht wurde, um dann mit der neuen Flamme herauszutreten, die gemäß der Tradition durch das vom Himmel herabgestiegene "Heilige Feuer" wieder entzündet wurde. Die Gläubigen entzündeten dann ihre eigenen Kerzen an der Flamme der vom Patriarchen getragenen Lampe und auf dem Luftweg werden solche Flammen auch an die Gemeinden der orthodoxen und östlichen Kirchen auf der ganzen Welt gesendet.

In diesem Jahr dürfen die Gläubigen nach den Anweisungen der israelischen Regierung nicht an der Zeremonie des Heiligen Feuers teilnehmen. Nur zehn Personen sind am Samstag, dem 18. April, um 13 Uhr (Ortszeit) zum Ritual in der Grabesbasilika zugelassen: der griechisch-orthodoxe Patriarch Theophilos, der armenisch-orthodoxe Patriarch von Jerusalem, Nuhra Manougian, der koptisch-orthodoxe Bischof von Jerusalem Anba Antonius und der Erzbischof Gabriel Dahho, syrisch-orthodoxer Patriarchalvikar für die Heilige Stadt, zusammen mit vier Assistenten und zwei israelischen Polizisten. Nach der Zeremonie werden die Flammen des "Heiligen Feuers" mit der Eskorte der israelischen Sicherheitskräfte zum Flughafen Ben Gurion gebracht, um auf 10 leere Flugzeuge nach Russland, Ukraine, Griechenland, Georgien, Zypern, Rumänien und Moldawien, Weißrussland, Polen und Kasachstan verladen zu werden .
(GV) (Fides 18/4/2020)

Israel: Zahl antisemitischer Angriffe weltweit gestiegen

Israelischer Bericht vom 22.04.2020

Für das Jahr 2019 verzeichnen Forscher in Tel Aviv eine Zunahme antisemitischer Vorfälle um 18 Prozent. Sie mahnen, bei allen Bemühungen gegen Rechtsradikalismus nicht den islamistisch motivierten Antisemitismus aus dem Blick zu verlieren.

TEL AVIV (inn) – Anlässlich des israelischen Holocaust-Gedenktags hat das renommierte Kantor-Zentrum für Antisemitismusforschung an der Universität Tel Aviv am Montag seinen Jahresbericht vorgestellt. Demnach ist die Zahl gewalttätiger antisemitischer Vorfälle weltweit im Jahr 2019 um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Insgesamt wurden 456 antisemitische Vorfälle erfasst, 41 davon in Deutschland. Damit steht Deutschland hinter dem Vereinigten Königreich mit 122 Fällen und den USA mit 111 Fällen auf Platz 3 der Rangliste.

Die meisten der erfassten Angriffe (37 Prozent) richteten sich direkt gegen Personen. Bei anderen Angriffen kamen Privateigentum, Friedhöfe, Gedenkstätten, öffentliche Einrichtungen und Synagogen zu Schaden. Diese Zahlen beinhalteten nicht den ebenfalls stark gestiegenen Antisemitismus im Internet, erklärte der akademische Leiter des Kantor-Zentrums, Giovanni Matteo Quer, bei einer Online-Presskonferenz. Quer wies auf einen direkten Zusammenhang zwischen Online-Antisemitismus und physischen antisemitischen Angriffen gegen Personen und Einrichtungen hin.

Anstieg trotz Maßnahmen

Insbesondere die Corona-Pandemie habe den Antisemitismus im Internet befeuert, erklärte Arje Zuckermann vom Vorstand des Kantor-Zentrums. Die Chefin des Forschungszentrums, Dina Porat, sagte: „Es ist furchtbar zu sehen, dass Juden für die Corona-Pandemie verantwortlich gemacht werden. Im Internet kursieren Verschwörungstheorien, denen zufolge Juden das Corona-Virus bewusst in die Welt gesetzt haben, um später einen Impfstoff verkaufen zu können. Das ist schlimm“. Porat mahnte allerdings auch dazu, diese Entwicklung in Relationen zu betrachten: Auch andere Gruppen würden zu Sündenböcken für die Corona-Pandemie gemacht und deshalb diskriminiert.

Porat zeigte sich insbesondere darüber besorgt, dass der Antisemitismus trotz weltweiter Anstrengungen zu seiner Bekämpfung angestiegen sei. Sie wies auf eine Studie der Agentur für Grundrechte der Europäischen Union (Fundamental Rights Agency) hin. Demnach würden 40 Prozent junger europäischer Juden darüber nachdenken, Europa zu verlassen. Porat mahnte ebenfalls dazu, islamistisch motivierten Antisemitismus nicht aus dem Blickfeld zu verlieren. Die große Bedrohung, die vom Rechtsradikalismus ausgehe, dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass Fälle von antisemitischem Mobbing und Gewalttaten an deutschen Schulen sehr oft islamistische Hintergründe hätten.

Von: Marc Neugröschel/ *Der Autor ist freier Journalist in Jerusalem/ übernommen aus Israelnetz.com*

Jamaika: Evangelikale Bemühungen

In diesem Land mit einem großen christlichen Bevölkerungsanteil, aber weitverbreiteten gesellschaftlichen Problemen, bemühen sich die Kirchen weiterhin und dienen der Gemeinschaft in vielerlei Weise. Radio- und Fernsehprogramme gelangen überall in die Häuser, und es werden sehr viele Bibeln in Schulen, Krankenhäusern, bei der Polizei, unter dem Militär und in weiteren (untergeordneten) Institutionen verteilt.

Unter den 500 Persönlichkeiten, die vor kurzem an einem Gebetsfrühstück teilnahmen, war der oberste Regierungschef (Governor General). Obwohl viele Personen der Gesellschaft und der Regierung dazugehören, braucht die Gemeinde vor allem Gottes Kraft und Weisung, um einen stärkeren Einfluss auf die Bevölkerung ausüben zu können.

Quelle: *CE*, WORLDNEWS, Bridgeway Publications vom 15 April 2020

Myanmar: Christliche Minderheiten leiden

unter anhaltenden Konflikten

Yangon (Fides) - Im vergangenen Monat wurden in verschiedenen Regionen Myanmars, insbesondere in den Staaten Chin und Rakhine, über 50 Zivilisten bei Konflikten zwischen Separatisten und Armee getötet. In Chin starben mindestens 29 Menschen bei Gefechten in Paletwa (Distrikt Matupi), wo im April das christliche Dorf Nanchaungwa von der birmanischen Luftwaffe ("Tatmadaw") ins Visier genommen wurde. Bei Angriffen am 7. April gab es sieben Tote und acht Verletzte. Das Gebiet wurde jedoch bereits am Wochenende vom 14. auf den 15. März umkämpft, wobei mindestens 21 Einwohner getötet wurden, nachdem Armeesoldaten das Feuer eröffnet hatten. In vier Dörfern, die größtenteils von Christen bewohnt werden, kam es auch im Distrikt Paletwa zu Gefechten mit Dutzenden Verletzten, so dass etwa zweitausend Einwohner in eine nahe gelegene Stadt flohen.

Obschon der Krieg unterschiedslos alle Einwohner trifft, gibt es doch in vielen Gebieten Myanmars Christen - und darunter auch Katholiken, die einen hohen Preis zahlen. Zu den Auswirkungen des Konflikts kommt die Verbreitung von Covid-19, wobei nur in seltenen Fällen militärische Aktionen ausgesetzt wurden. Trotz eines seit acht Jahren geltenden Waffenstillstands zwischen der Armee und den Separatisten der „Karen National Union“ kam es im Februar zu Bombenanschläge auf Karen-Dörfer (ebenfalls mit christlicher Mehrheit), auf die ein massiver Exodus folgte. Am 17. April sagte der Sprecher des UN-Menschenrechtsbüros in Genf, Rupert Colville, dass die Militäroperationen in Myanmar seit dem 23. März "mindestens 32 Tote und 71 Verletzte zur Folge hatten, hauptsächlich Frauen und Kinder, wobei auch Schulen zerstörten und Häuser in Brand gesteckt wurden."

Laut birmanischen Quellen sind bewaffnete Zusammenstöße in den Bundesstaaten Rakhine, Chin, Karen und Northern Shan zu verzeichnen, in denen christliche, muslimische und hinduistische Minderheiten stark vertreten sind. Insbesondere das Christentum - die zweite Religion des Landes nach dem Buddhismus - wird hauptsächlich von Chin, Khasin, Karen, Shan und Eurasiern praktiziert und ist besonders unter den Chin weit verbreitet, deren Staat der einzige in Myanmar mit christlicher Mehrheit ist. Die Katholiken werden auf etwa 750.000 geschätzt (etwa 1,5% der Bevölkerung).

Die buddhistische Gemeinschaft signalisiert unterdessen die Absicht „auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform Hand in Hand zu arbeiten, um Covid-19 zu begegnen und gemeinnützige Aktivitäten der Solidarität durchzuführen“, so der buddhistische Mönch Sitagu Sayadaw. Die buddhistische Gemeinde spendete unterdessen auch 10 000 Dollar an den von Papst Franziskus eingerichteten Corona-Hilfsfonds. Der Spendenbetrag wurde bereits an Erzbischof Marco Tin Win von Mandalay übergeben. Im Namen der buddhistischen Glaubensgemeinschaft wurden auch Waisenhäusern, die von der Erzdiözese Mandalay verwaltet wurden, mit Nahrungsmittelhilfen versorgt. Der Mönch fügte hinzu, dass der Beitrag "ein Zeichen des Mitgefühls" sein soll, eine Tugend, die allen Religionen gemeinsam ist: Buddhismus, Christentum, Islam und Hinduismus.

(MG-PA) (Fides 18/4/2020)

Naher Osten: Große Offenheit von Muslimen für das Evangelium

OM-Regionalleiter: Christliche Gemeinden haben Zulauf

Mosbach (idea) – Im Nahen Osten herrscht eine große Offenheit unter Muslimen für die christliche Botschaft. Gott wirkt im Orient. Das berichtete der Regionalleiter der Missionswerks Operation Mobilisation (OM/Mosbach bei Heidelberg) für den Nahen Osten, Jan Graf. Sein Name wurde von OM aus Sicherheitsgründen geändert.

Graf sagte laut einer OM-Mitteilung: „Wir stehen vor historisch offenen Türen, die Gott geschaffen hat. Es ist wichtig, dass wir diese offenen Türen, die es in der gesamten Geschichte des Islams noch nie gab, sehen und nutzen.“

Auch wenn ein Großteil der einheimischen Christen aufgrund der anhaltenden Krisen die Region mittlerweile verlassen habe, hätten die Gemeinden Zulauf: „Ich höre Geschichten von traditionellen Kirchen, die mit Muslimen überfüllt sind. Muslime, die aus Neugierde kommen, weil sie gesehen haben, dass Christen in Europa Muslimen in Not helfen, während ihre eigenen Leute – beispielsweise in den Golfstaaten – sich weigerten“, muslimische Flüchtlinge aufzunehmen.

Neue Angebote für einheimische Christen

Um auf diese große Offenheit und alle Anfragen angemessen reagieren zu können, bietet OM seit vier Jahren im Nahen Osten ein Gemeindegründungs-Training für arabische Christen an. „Unsere Vision ist es, Bewegungen von Hausgemeinden zu starten. Hausgemeinden, in denen von Anfang an in einheimische Leiter investiert wird und die sich dann selbst multiplizieren“, erklärte Graf.

Er beobachtet auch, dass durch das Coronavirus die Offenheit der Muslime noch größer werde, „weil die Menschen wirklich Angst und Panik haben. Da sie viel auf Sozialen Medien und im Internet unterwegs sind, fragen wir uns, in welcher Weise wir die Gute Nachricht bringen und was unsere Botschaft sein soll.“

OM hat weltweit rund 5.200 Mitarbeiter aus mehr als 120 Ländern, darunter 250 Deutsche. Der deutsche Zweig gehört zur Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen (AEM) und zum netzwerk-m (früher: Ring Missionarischer Jugendbewegungen).

Nicaragua: Seit zwei Jahren kommt es zu Unterdrückung und Verfolgung

Managua (Agenzia Fides) – "Was ich befürchtet hatte, ist passiert und es hätte nicht passieren dürfen. Es ist bereits mindestens ein Student an der Universität getötet worden. Und es wird vermutet, dass er nicht der einzige ist. Das schmerzt mich sehr! Wir müssen nein sagen zur Unterdrückung", so der beherzte Appell des Weihbischofs von Managua, Silvio José Baez, an die nicaraguanischen Behörden, als die Studenten des Landes Leute vor zwei Jahren, begannen auf die Straße zu gehen, um gegen die Reform des Rentensystems zu protestieren (vgl. Fides 20/04/2018).

"Der friedliche Aufstand", wie er von den sozialen Netzwerken Nicaraguas definiert wurde, begann Mitte April 2018, als die nicaraguanische Regierung die Hilfe ablehnte, die Costa Rica angeboten hatte, um einen über fünftausend Hektar großes Feuer zu löschen. Eine Gruppe von mindestens 40 costaricanischen Feuerwehrleuten mit Spezialteams zur Bekämpfung der Flammen wurde daran gehindert, die Grenze zu überqueren. Dies führte zu heftigen Protest der nicaraguanischen Universitätsstudenten. Die Verweigerung der Hilfe, der Mangel an offiziellen Informationen und die ausweichende Reaktion der Regierung mobilisierten Hunderte junger Menschen, die, auf den Straßen der Hauptstadt Managua demonstrierten.

Die Regierung reagierte mit Gewalt und gab der Polizei den Befehl, die Demonstranten zu zerstreuen. Zwei Tage nach der Beendigung der Proteste veröffentlichte Präsident Ortega dann ein Dekret zur Reform des Sozialversicherungssystems in Nicaragua, um das nicaraguanische Institut für soziale Sicherheit (INSS) zu retten, das kurz vor dem Bankrott stand. Am 18. April 2018 organisierte eine Gruppe junger Menschen zusammen mit betroffenen Rentnern einen Marsch im Stadtteil Camino de Oriente in Managua, um gegen die Reform zu protestieren. Der Protest wurde von der Polizei erneut gewaltsam unterdrückt. Bilder von Rentnern mit Kopfverletzungen machten die Runde. Weitere Proteste, denen sich auch die Studenten der staatlichen Universitäten anschlossen, wurden ebenfalls gewaltsam unterdrückt.

Missionare, Pfarrer und Bischöfe begrüßten boten den Demonstranten Zuflucht in Kirchen, um sie von der Aggression der Regierungstruppen und Verhaftungen zu schützen. Nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (CIDH) gab es im ersten Jahr der Krise 325 Todesfälle; Während nicaraguanische Stellen sogar von insgesamt 568 Opfern sprechen, erkennt Ortega nur 199. Daneben gibt es eine unbekannte Anzahl politischer Gefangener.

Auch nach zwei Jahren hat sich die Situation nach Angaben der internationalen Presse und der nicaraguanischen Institutionen nicht verbessert: Es gibt zwar keine Todesfälle und Demonstrationen auf der Straße, doch die Internationale Menschenrechtskommission beklagt zahlreiche Verstöße gegen demokratische Freiheiten und Menschenrechte.

Deshalb beklagt Bischof Rolando Alvarez von Matagalpa in seiner Predigt am vergangenen Sonntags der Barmherzigkeit: "Nicaragua erlebt eine doppelte Krise, eine, die seit zwei Jahren andauert und nun die Pandemie. Aber der Herr der Barmherzigkeit wird den Stein von unserem Grab entfernen, um hinauszugehen und in Gerechtigkeit und Würde zu leben. " (CE) (Fides 21/04/2020)

Niger: Lebenszeichen eines entführten Priesters aufgetaucht

Er war 2018 von Bewaffneten aus seinem Haus geholt worden

Agadez (idea) – Ein 2018 von bislang Unbekannten in Niger entführter katholischer Priester aus Italien scheint noch am Leben zu sein. Am 6. April tauchte ein 24-sekündiges Video auf, das im März aufgenommen worden sein soll. Das bestätigte das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Wie ihr Experte für Fragen der Religionsfreiheit, Berthold Pelster (München), sagte, zeigt das Video den Priester und Missionar Pier Luigi Maccalli (59) und einen weiteren Entführten, den italienischen Touristen Nicola Ciocco. Bewaffnete hatten den Geistlichen in der Nacht auf den 18. September 2018 in der Gemeinde Bomoanga nahe der Grenze zu Burkina Faso entführt. In dem Video sei der italienische Missionar eindeutig zu identifizieren. Pelster zufolge hat sich der Bruder des Entführten, der ebenfalls in Afrika als Missionar tätige Pater Walter Maccalli, erfreut über das Video gezeigt. Die Entführung liege lange zurück und man habe die ganze Zeit über kein einziges Lebenszeichen erhalten. Das Video könne möglicherweise der Auftakt für Verhandlungen mit den Entführern über eine Freilassung sein, so Walter Maccalli. Pier Luigi Maccalli gehört der Gesellschaft der Afrikamissionen an. Seit 2008 war er als Missionar in der Gemeinde Bomoanga tätig gewesen. In dieser Gegend leben sowohl Christen als auch Muslime.

Priester soll von Dschihadisten entführt worden sein

Das Video war der nigrischen Zeitung Air Info (Agadez) zugeschickt worden. Ihr zufolge wurden die beiden Italiener von der radikal-islamistischen Gruppierung Dschamaat Nusrat al-Islam wal-Muslimin entführt, einem 2017 entstandenen Zusammenschluss mehrerer terroristischer Gruppen. Eine Bestätigung dafür gibt es aber nicht. In der Region südlich der Sahara kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Überfällen, Entführungen und Anschlägen durch radikale Gruppierungen. Laut dem Hilfswerk International Christian Concern (Washington D. C.) ist weiterhin unklar, warum Maccalli entführt wurde. Es habe bislang auch keine Lösegeldforderung gegeben. Da der Geistliche jedoch aus seinem Haus heraus entführt worden sei, müssten es die Bewaffneten gezielt auf ihn abgesehen haben. Im Niger sind rund 99 Prozent der etwa 23 Millionen Einwohner Muslime.

Niger: Szenen von Guerillakämpfen in den Städten

Covid-19: "Proteste gegen einschränkende Maßnahmen richten sich zum Teil gegen Christen"

Niamey (Fides) – "Es war zu erwarten. Seit mehreren Tagen gibt es in Niamey Szenen von Guerillakämpfen in den Städten, die auf die von der Regierung veranlassten Einschränkungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie zurückzuführen", so Pater Mauro Armanino, Missionar der Gesellschaft für die Afrikamissionen (SMA) aus.

"Die Maßnahmen, die sich insbesondere die Schließung der Moscheen und die Ausgangssperre von 19 bis 6 Uhr mit sich bringen, haben von Anfang an Proteste eines Teils der Bürger ausgelöst", so der italienische Missionar weiter".

„In der Nacht des 19. April gab es in verschiedenen Bezirken der Hauptstadt Proteste, bei denen an Kreuzungen Reifen in Brand gesteckt wurden. Nach Angaben einige Augenzeugen sollen auch Steine auf das Wohnhaus eines Pastors neben der protestantischen Kirche geschmissen worden sein. Auch unweit einer bereits in der Vergangenheit zerstörten Kirche wurden einige Reifen in Brand gesteckt. In beiden Fällen musste die Polizei eingreifen, um die Demonstranten zu zerstreuen", berichtet der Missionar.

Nach Angaben von Pater Armanino herrscht "ein Gefühl des Unbehagens, das von einem Teil der jungen Bevölkerung gewaktsan ausgedrückt wird und Ausdruck von Skepsis über die reale Existenz der Krankheit bis hin zur Identifizierung der Krankheit mit dem Westen und damit der Christen ist". "Wie ein befreundeter Kenner der nigerianischen Gesellschaft aus Niamey bekräftigt, sind Christen der beliebteste und unmittelbare Sündenbock, wenn es ein Unwohlsein gegenüber der politischen Macht gibt."

"In wenigen Tagen wird der Beginn des Ramadan, des heiligen Monats der Muslime, gefeiert. Das Risiko eines Aufstands, der auch den Angriff auf Kirchen nicht ausschließt, liegt im Bereich des Möglichen", schließt der Missionar.

In Niger, einer der ärmsten Staaten der Welt, gab es bis zum 19. März insgesamt 648 Covid-19-Fälle und 20 Todesfälle. Dies geht aus einem Bericht des Gesundheitsministeriums hervor. Am 12. April verlängerten die Behörden in Niamey die Isolation vom Rest des Landes sowie den Ausnahmezustand und die Ausgangssperre (von 19 Uhr bis 6 Uhr morgens). Die Kultstätten und Schulen sind geschlossen.

(LM) (Fides 21/04/2020)

Nigeria: Fulani-Terroristen töten Christen

Sie griffen während der Ausgangssperre an und töteten 19 Nigerianer, darunter sieben Christen, die verbrannt wurden. Eine Witwe betet dass die Mörder ihres Mannes Jesus finden mögen.

14. April 2020

Sieben ältere, schwächere Christen, die nicht zur Flucht in der Lage waren als Hunderte von Fulani-Terroristen ihre Dorf in Plateau Staat in Nigeria während der Covid-19-Ausgangssperre angriffen, wurden in ihren Häusern verbrannt.

In den frühen Morgenstunden des 2. April griffen über 300 Bewaffnete das christliche Dorf Hukke bei Jos an und steckten mindestens 23 Häuser in Brand. Der Jüngste unter den Toten war 67, der Älteste 90.

Eine Kontaktperson von Barnabas berichtete, dass die Dorfbewohner wegen der Ausgangssperre zu Hause geblieben waren, als sie angegriffen wurden. Er fügte hinzu, dass die Dörfer „sehr gefährdet“ waren, nachdem die wenigen Sicherheitskräfte, die in dem Gebiet stationiert waren, vergangenen Monat abgezogen wurden, als das Land sich auf den Kampf gegen Corona konzentrierte.

Ein Pastor in Hukke beschrieb die schwache Reaktion der örtlichen Polizei. „Während des Angriffs, der mehr als zwei Stunden dauerte, kamen die Sicherheitskräfte, die nur aus wenigen Polizisten bestanden. Sie blieben in der Ferne stehen und schossen in die Luft und verschwanden schließlich“, sagte er.

Der gnadenlose Angriff auf Hukke kam nur 24 Stunden nach einem mörderischen Angriff am 1. April durch islamische Terroristen auf das benachbarte christliche Dorf Ancha. Zwei Männer und eine Frau wurden während der 3-stündigen nächtlichen Attacke getötet, 17 Häuser brannten aus.

Am 1. April wurde auch das Dorf Nkeidoro dem Erdboden gleich gemacht und durch einen weiteren Terrorangriff so verwüstet, dass die Bewohner gezwungen waren, den Ort zu verlassen. Die Kontaktperson von Barnabas sagte, dass mindestens sechs christliche Männer aus Nkeidoro während mehrerer früherer Angriffe getötet worden waren; unter den Toten waren auch einige Fulanis, die mit AK-47 Gewehren bewaffnet waren.

Am 6. April schossen bewaffnete Angreifer den 50-jährigen Abah Yoki ins Bein, bevor sie zwei seiner Kinder und den Pastor im Nsah-Dorf töteten. Barnabas erfuhr von dem verzweiferten Vater: „Ich kam um ca. 19 Uhr aus meinem Haus, als ich Bewegung in der Dunkelheit bemerkte und fragte ‚Wer ist da?‘. Dann hörte ich Schüsse. Ich drehte mich um und floh und wurde von einer Kugel getroffen und fiel hin. Es waren ungefähr zehn Männer auf dem Weg zum Fluss. Ich konnte keine Gesichter erkennen, aber ich hörte, wie Befehle in der Fulani-Sprache gegeben wurden. Auf mich wurde zuerst geschossen. Dann gingen sie ins Haus und erschossen zwei meiner Kinder Duh war 30 Jahre alt und Ishaku war sieben. Dann zogen sie weiter zum Haus des Pastors und erschossen ihn.“

Nigerianische Witwe betet dass die Mörder ihres Mannes Jesus finden mögen.

15. April – von Karen Faulkner, Worthy News Korrespondentin

(Worthy News) – Christian Solidarity International (CSI) warnte am 30. Januar vor dem Völkermord an Christen in Nigeria, und eine 27-jährige Witwe aus dem Bundesstaat Plateau betet, dass die Mörder ihres Mannes Jesus finden. Rose, deren Mann Pastor war und von Fulani-Terroristen getötet wurde, sprach mit Barnabas-Fund: „Ich bete dafür, dass seine Mörder den Jesus kennenlernen, den ich kenne. Ich vergebe ihnen und bete für die Rettung ihrer Seelen.“ Pastor Tagwi wurde zusammen mit drei weiteren Menschen getötet, wie Genocide Watch berichtete. Die Morde geschahen während der Angriffe durch Fulani-Milizen in der Nähe von Jos, der Hauptstadt von Plateau State, durch die über 20 nigerianische Zivilisten erschossen oder zu Tode gehackt wurden.

Tagwi hinterlässt Rose, die schwanger ist, mit drei Töchtern im Alter von sechs und zwei Jahren. Rose war zum Zeitpunkt seines Todes nicht bei ihrem Mann, da sie wegen einer Schwangerschaftsuntersuchung über Nacht in Kwall geblieben war.

Als sie über den Tod ihres Mannes zu Barnabas Fund sprach, sagte sie: „Wir haben dem Ruf Gottes gehorcht und ich werde mit dieser Arbeit weitermachen. Keine Angriffe durch Islamisten werden uns oder mich daran hindern, auch nicht nach seinem Tod.“

Jihadisten feiern das Coronavirus als „kleinen Soldaten“. Die Terroristen-Aktivitäten nehmen während der Ausgangssperre in Afrika zu.

14. April 2020

Sogar während der Corona-Epidemie in Afrika nehmen die Angriffe der islamistischen Terrorgruppen in mehreren Gebieten noch zu.

Analysten stellten fest, dass islamistische Gruppen in ihren Netzwerken zu einer Zunahme der weltweiten Angriffe aufrufen, während Regierungen und Sicherheitskräfte ihre Bemühungen und Ressourcen dem Kampf gegen Covid-19 und der Aufrechterhaltung der Ordnung während der Ausgangssperre konzentrieren.

Quelle: Worthy News/ übersetzt und bearbeitet für AKREF

Österreich: 50 Tage Gebet für die aktuelle Corona-Situation

Für jeden Tag ein Anliegen

ÖEA-Gebetsinitiative 2.0

Am 22. März startete die Österreichische Evangelische Allianz eine Gebetsinitiative zur aktuellen Corona-Situation. Diese dauert 22 Tage und endet an Ostern. Aus gegebenem Anlass wird die Initiative bis Pfingsten verlängert.

ÖEA-Generalsekretär Christoph Grötzinger sagt dazu:

"Wir sind ermutigt durch die Rückmeldung und beten weiter. Von Ostern bis Pfingsten sind es 50 Tage. Danke, dass du 'dran bleibst'. Beten hilft in und durch Krisenzeiten. Dabei wolle wir auch das Loben und Danken nicht vergessen. Sei behütet und bleib gesund!"

Wir ermutigen alle die tägliche Gebetszeit mit einem Anliegen zu ergänzen. Österreich und seine Menschen brauchen in dieser herausfordernden Zeit Sonder-Gebet! Den Gebetskalender 2.0 können Sie sich [hier als PDF-Datei herunterladen](#).

"Wir sind mit unserer Gebetsaktion in die Verlängerung gegangen," schreibt Christoph Grötzinger. **50 Tage Gebet für die aktuelle Corona-Situation**. An jedem Tag gibt es wieder ein Anliegen, das wir gemeinsam vor Gott bringen. Die Aktion hat an Ostern begonnen und endet an Pfingsten.

Pakistan: Christen benachteiligt

Religiöse Minderheiten bei der Verteilung von Lebensmittlhilfen diskriminiert

Karatschi (Fides) - Die Organisation "Saylani Welfare International Trust" soll religiöse Minderheiten bei der Verteilung von Nahrungsmitteln während der Corona-Epidemie in der Region Sindh diskriminiert haben. Dies beklagt der katholische Parlamentarier Anthony Naveed, Mitglied der Volkspartei Pakistans in Sindh. Der „Saylani Welfare International Trust“ ist seit 1999 in der Region Korangi (in Karatschi) tätig und verteilt Hilfsmittel und Mahlzeiten an Obdachlose und Saisonarbeiter. Nun sollen Frauen, die sich für die Lebensmittelration in Korangi anstellten, wegen ihrer christlichen und hinduistischen Religion aufgefordert worden sein, die Warteschlange zu verlassen. Die Verantwortlichen der Organisation bestreiten diesen Vorfall.

Pastor Muazzam John, der eine evangelische Pfingstkirche in Karatschi leitet, sagt: "Unsere Kirchen haben mit ihren eigenen Ressourcen versucht der örtlichen Gemeinde mit Lebensmittelrationen zu helfen, aber wir können nicht jedem helfen. Die Kirche hat niemanden diskriminiert, sondern allen geholfen, die um Hilfe gebeten haben. "

Der katholische Anwalt Khalil Tahir Sandhu, Präsident des Ständigen Menschenrechtsausschusses im Parlament der Provinz Punjab stellt fest, dass "die Regierung bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln oder finanzieller Unterstützung für Menschen nicht diskriminiert. Obwohl das Verfahren zur Beantragung von Unterstützung möglicherweise langsam ist, ist dies nicht der Fall." Es macht keinen Unterschied zu welchem Glauben man sich bekennt oder welche ethnische Zugehörigkeit man besitzt, wenn es um Hilfeleistung geht. Es ist jedoch möglich, dass die Personen, die die Verteilung vor Ort durchführen, diskriminieren handeln oder gewisse Personen bevorzugen . Die Regierung muss rigorose Maßnahmen ergreifen und dieses Risiko zu kontrollieren. "

Frau Shanila Ruth, Abgeordnete und Vertreterin für interreligiöse Harmonie im pakistanischen Parlament, berichtet, dass die Provinzregierungen das "Ahsaas-Programm" ins Leben gerufen habe, um bedürftigen Familien finanzielle Unterstützung zu gewähren. Das Hauptziel der Regierung sei die Unterstützung aller Menschen in Armut, die von Covid-19 betroffen sind.

Shireen Aslam, Mitglied des Menschenrechtsausschusses des Distrikts Attock sagt, dass "Personen Lebensmittelrationen verteilen, auch in Attock religiöse Minderheiten diskriminieren". Und er betont: „Wir müssen die Menschen auf die Grundlage der Menschlichkeit handeln und auf die Ärmsten in unserer Nation achten. Wir müssen alle in diesem kritischen Moment vereint sein und allen helfen, unabhängig von Religion, Glaubensbekenntnis oder ethnischer Zugehörigkeit." In Pakistan sind 7.025 Menschen infiziert und 135 Menschen starben an Covid-19, während viele Betroffene schwer krank sind und ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Regierung hat landesweit eine Ausgangssperre verhängt, von der vor allem Gelegenheitsarbeiter betroffen sind.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Virus könnten in einem Land wie Pakistan mit über 120 Millionen Einwohnern sehr schwerwiegend sein. Tausende Menschen sind arbeitslos und viele Branchen wurden geschlossen. Tausende arme Familien brauchen täglich Nahrungsmittelhilfe.

(KN-PA) (Fides 18/4/2020)

Anmerkung Red. AKREF: siehe auch vom [14.4.20](#)

Paraguay: Katholische Bischöfe warnen vor Auswirkungen

der sozialen Isolation und bitten um Solidarität mit Bedürftigen

Asunción (Fides) – „Die Verbreitung des Coronavirus in unserem Land und auf der ganzen Welt hat ernste und schwerwiegende Auswirkungen auf das Leben eines jeden Menschen, auf das soziale Leben und auf unsere Art, mit den Widrigkeiten des Lebens umzugehen. Die Bemühungen, die Ausbreitungskurve dieser Krankheit zu senken, hatten zunächst das erwartete Ergebnis, aber wir wissen, dass der Plan zur Eindämmung der Pandemie mehrere Monate andauern wird. Versuche, die Auswirkungen auf die Familien und die Volkswirtschaft abzuschwächen, erfordern allerdings eine durchdachte, geordnete und nachhaltige Antwort. Die von den Ökonomen angekündigten Programme stellen Sparmaßnahmen und der wirtschaftlichen Rezession in Aussicht, von der die Bevölkerung bereits heute betroffen ist“, so der Ständige Rat der Bischofskonferenz von Paraguay in einer Analyse zur Lage.

„Wir spüren die Dringlichkeit einer engen Begleitung der am stärksten gefährdeten Familien und Gruppen, nicht nur mit Nahrungsmitteln, sondern auch mit besonderer Unterstützung für eine wirksame kurz-, mittel- und langfristige wirtschaftliche Erholung“, schreiben die Bischöfe in ihrer Botschaft. Neben der Gewährleistung der Effizienz des Gesundheitssystems bei der Bekämpfung der Pandemie seien Maßnahmen notwendig, „um die mit der Entwicklung sozialer Isolationsmaßnahmen einhergehende Nahrungsmittel- und Wirtschaftskrise zu lindern“.

Der Zustand der Fragilität, unter dem ein großer Teil der Bevölkerung bereits leide, werde sich in den kommenden Monaten verschlechtern, und man könne das Ausmaß und die Schwere noch nicht abschätzen.

„Der Hunger ist ein aktueller Schrei, den wir nicht ignorieren dürfen“, so die Bischöfe weiter und würdigen die Solidarität der Bürger untereinander, die teilweise die Initiativen der Regierung ersetzen. „Die bischöfliche Kommission für soziale Seelsorge und die Abteilung für soziale Seelsorge jeder Diözese arbeiten unermüdlich mit der Unterstützung von Freiwilligen und Zivilverbänden zusammen, um unseren Brüdern und Schwestern Hilfe zu bringen. Wir sind jedoch besorgt, dass die soziale Sicherheit durch die Verschlechterung der Zustände gefährdet sein könnte“.

Die Bischöfe fordern eine „wirksame Kommunikation zwischen nationalen und regionalen Behörden, um eine rechtzeitige Reaktion sicherzustellen“ und appellieren an die Behörden mit der Bitte um eine „transparente Verwaltung und gerechte Verteilung der für die Sozialhilfe bereitgestellten wirtschaftlichen Ressourcen“, damit „Familien umgehend genug und nachhaltig Nahrung erhalten, solange die Restriktionsmaßnahmen gelten.“

Schließlich bekräftigen die Bischöfe die uneingeschränkte Verfügbarkeit der Kirche und die Bereitschaft der Zusammenarbeit über ihre pastoralen Strukturen, damit die Nahrungsmittelhilfe alle Familien erreicht. Indem die Bischöfe die Bevölkerung auffordern, sich weiterhin an die Bestimmungen der Gesundheitsbehörden und der Regierung zu halten, beten sie dafür, „dass Gott uns hilft, die Folgen dieser Pandemie durch Solidarität zu überwinden“.

(SL) (Fides 22/04/2020)

Paraguay: Verbundenheit in besonders betroffenen Ländern

Covid 19

Asuncion (Fides) - Die paraguayischen Bischöfe bringen in einem Brief an die Präsidenten der Bischofskonferenzen von Italien, den Vereinigten Staaten und Ecuador Verbundenheit und spiritueller Nähe im Gebet für angesichts der dramatische Situation zum Ausdruck, in denen sich die Länder infolge der verheerenden Folgen der COVID-Pandemie befinden.

"Die Kirche und die Menschen in Paraguay schlossen sich auch dem Gebet mit Papst Franziskus an, in der Überzeugung, dass wir mitten im Sturm im selben Boot sitzen, zerbrechlich und ängstlich, aber aufgerufen, als Brüder gemeinsam zu rudern, mit vollem Vertrauen in die unendliche Barmherzigkeit Gottes, damit wir alle unter der Leitung unseren Herrn Jesus Christus ans Ziel gelangen", so die Bischöfe. „Auch in unserem Land sehen wir uns weiterhin mit der Ausbreitung der Krankheit und mit Unsicherheit und Leid konfrontiert und beten in allen Teilen des Landes zum Herrn, unserem Gott, damit Pandemie enden möge“.

Das Schreiben der katholischen Kirche wurde in Paraguay über soziale Netzwerke verbreitet. Gleichsam machen die Bischöfe des Landes die Menschen auch auf die Bedeutung der Vorsichtsmaßnahmen aufmerksam, die erforderlich sind, um die Verbreitung von Covid-19 im Land einzudämmen.

Paraguay ist eines der Länder in der Region mit der geringsten Anzahl von Coronavirus-Fällen (206) und bisher nur acht Todesfällen. Im Land wurden jedoch bereits erste Quarantänemaßnahmen auf den Weg gebracht.

(CE) (Fides 20/04/2020)

Peru: Angst vor Infektionsgefahr

Indigene Gemeinden lehnen Lebensmittelpakete der Regierung ab

Loreto (Fides) – In einem Brief an die peruanische Regierung bittet die Koordinatorin des Büros für Menschenrechte für indigene Völker der angesichts des weltweiten Gesundheitsnotstands um spezifische und gezielte Maßnahmen für die indigenen Gemeinden des peruanischen Regenwaldes und fordert geeigneten Strategien und Maßnahmen zum Schutz der Integrität und der Rechte dieser indigener Völker.

Dem Büro für Menschenrechte der indigenen Völker schließen sich verschiedene kirchliche Einrichtungen an, darunter die Caritas, Kommissionen für soziale Seelsorge der Apostolischer Vikariate und Kommissionen für soziale Aktion, die mit der peruanischen Bischofskonferenz zusammenarbeiten.

Es gehe dabei nicht allein um wirtschaftliche Hilfe und die Belieferung dieser schwer zugänglichen Gebiete mit Nahrungsmitteln, sondern vor allem um Maßnahmen zur Vorbeugung und Gewährleistung des Gesundheitsschutzes aufgrund der besonderen Lage der Gemeinden in den Waldgebieten.

Zum Beispiel wird ein Gesundheitscheck der Menschen gefordert, die in diese Gemeinden einreisen. Missionare, die in der Region tätig sind, befürchten, dass Einreisende das Virus in die Region einschleppen könnten. Das Fehlen von Gesundheitszentren für einen Corona-Patienten könnte eine echte Tragödie verursachen, und ganze Gemeinden auslöschen. In Manseriche sollen die Einwohner instinktiv die Versorgung mit Lebensmittelkörben abgelehnt haben, weil sie befürchteten, sich mit Coronaviren zu infizieren. Die Eingeborenen der Gemeinden Yurapaga und Apaga im Distrikt Manseriche in der Provinz Datem del Marañón in Loreto haben deshalb beschlossen, die von der Gemeinde des oben genannten Distrikts gelieferten Lebensmittelhilfen nicht anzunehmen. Diese Körbe sollen nun an Familien gehen, die in anderen Teilen Perus festsitzen und aufgrund der Quarantäne nicht in ihre Heimatorte weiterreisen können.

(CE) (Fides, 22/04/2020)

Ruanda: Schattenseiten von Corona

Von einem leitenden Pastor der anglikanischen Kirche in Ruanda

„Die Pastoren erhalten normalerweise ein Gehalt aus den Spenden und Zehnten der Gemeindeglieder. Durch den Corona-Ausbruch in Ruanda wurden am 14. März 2020 die Kirchen geschlossen. Christen können nicht mehr zusammenkommen und Opfergaben bringen. Viele Gemeindeglieder haben ihre Arbeit verloren, besonders Tagelöhner, denn sie können nicht zur Arbeit gehen. Diese Situation trifft viele Menschen, aber ganz besonders Pastoren. Einige Menschen erhalten Hilfe von der Regierung oder den Nachbarn, aber es ist nicht möglich, einem Pastor zu helfen, weil die Leute denken, es sei der Pastor, der den Armen und Bedürftigen helfen muss. Unsere Pastoren und deren Familien sind in großer Not, weil ihnen Lebensmittel, Hygieneartikel und das Geld für Kommunikationsmittel fehlt. Durch das Corona-Virus ist es ihnen fast unmöglich, weiterhin seelsorgerliche und pastorale Arbeit zu leisten.

Quelle: Barnabasfund, bearbeitet und übersetzt von AKREF

Sri Lanka: Gedenken der Anschläge

der „Martyrer“ am Ostersonntag vom letzten Jahr

Colombo (Fides) - „Heute Morgen läuteten alle Glocken unserer Kirchen und auch alle christlichen, buddhistischen, hinduistischen und muslimischen Kultstätten erinnerten an die Märtyrer der Anschläge vom 21. April 2019, als die den Anschlägen der Terroristen in Sri Lanka zum Opfer fielen. Wir konnten wegen der Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 zwar keine öffentliche Feier veranstalten, aber das ganze Land hat an die Opfer zu Hause gedacht. Dazu hatte Kardinal Malcom Ranjith, Erzbischof von Colombo, die Menschen aufgefordert“, so der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke in Sri Lanka, Pfarrer Basil Fernando.

„Alle Religionsgemeinschaften haben sich geistlich vereint und alle Zivilbehörden haben teilgenommen“, so der katholische Geistliche, „Jeder hat entweder zu Hause oder bei der Arbeit ein persönliches Gebet gesprochen. Wir alle Bürger haben eine Kerze angezündet, um uns an die Menschen zu erinnern, die ums Leben kamen: Alle Kultstätten haben das Licht angemacht. Zwei Minuten lang herrscht im Land absolute Stille. Alles hörte auf, um unserer Märtyrer im Gebet zu gedenken, die sinnlos und grausam durch terroristische Gewalt getötet wurden.“

„Es war ein einfaches, intensives, aber tiefgreifendes Gedenken“, so der Nationaldirektor der Päpstlichen Missionswerke weiter. „In dieser Zeit müssen wir persönlich beten. Doch wenn es die Bedingungen wieder erlauben, werden wir die neue Kapelle der Märtyrer einweihen, die wir dank der vielen Opfergaben gebaut haben. Die Kapelle befindet sich in Negombo, dem Ort eines der Anschläge. Wir werden dort die heilige Messe feiern. Wir werden Treffen mit Gläubigen der verschiedenen Religionen veranstalten. Wir werden alle so bald wie möglich zusammenkommen, wenn die Zeit der Isolation wegen Covid-19 vorbei sein wird.“

Am 21. April vor einem Jahr, dem Ostersonntag, gingen in drei Kirchen auf Sri Lanka, davon zwei katholischen, Bomben hoch, dasselbe geschah in mehreren Luxushotels. Fast 280 Menschen verloren bei den islamistischen Anschlägen ihr Leben, mindestens 500 Menschen wurden verletzt.

(PA) (Fides 21/4/2020)

Subsahara-Afrika: Verfolgte Christen von Pandemie besonders betroffen

Ausgrenzung, gezielte Benachteiligung und verstärkte Übergriffe

(Open Doors, Kelkheim) – Während die Corona-Pandemie Asien, Europa und Nordamerika mit voller Wucht getroffen hat, steht Subsahara-Afrika (die Länder südlich der Sahara) mit seinen 1,1 Milliarden Einwohnern erst am Anfang der Krise. In Teilen der Region herrscht ein hohes Maß an Christenverfolgung. Die dort lebenden Christen bekommen die Wucht der Pandemie schon jetzt mehr als andere zu spüren. Lokale Mitarbeiter von Open Doors schildern Beispiele und sind alarmiert.

Verfolgung und Gefährdung durch das Virus wirken zusammen

Das Africa Centre, eine für Sicherheitsanalysen zuständige Abteilung des US-Verteidigungsministeriums, hat die möglichen Auswirkungen des Coronavirus auf afrikanische Länder untersucht. Zu den am stärksten gefährdeten Ländern zählen u.a. der Sudan, Nigeria, Äthiopien und Somalia. Hier werden Christen teilweise intensiv verfolgt. Während das Virus alle Menschen gleichermaßen bedroht, wird bei genauerem Hinsehen deutlich: Christen leiden oftmals doppelt unter der Pandemie und ihren Folgen. Hier sind einige Beispiele.

- **Christen von Hilfe ausgeschlossen:** In Äthiopien hat die Regierung die Bevölkerung zu gegenseitiger Hilfe aufgerufen. Open Doors liegen jedoch Berichte von christlichen Konvertiten vor, denen selbst enge Angehörige die Unterstützung verweigern; einige Familien sind deshalb vom Hunger bedroht. Auch in anderen Ländern werden ehemalige Muslime aufgrund ihrer Entscheidung für den christlichen Glauben von ihrer Familie und der traditionellen Gemeinschaft ausgeschlossen.
- **Einsamkeit und Isolation:** Neben der prekären Versorgungslage fehlt Christen islamischer Herkunft aufgrund der Ausgangsbeschränkungen auch die seelische und geistliche Unterstützung anderer Christen, mit denen sie derzeit keine Gemeinschaft haben können. Ihr oft noch junger Glaube wird so auf eine harte Probe gestellt.
- **Christen als Verursacher der Pandemie diffamiert:** Aus Somalia, Uganda und Burkina Faso gibt es Berichte, dass Christen die Schuld an der Corona-Krise zugeschoben wird. So rief die islamistische Miliz Al Shabaab (Somalia) dazu auf, sich vor Infektionskrankheiten wie dem Coronavirus zu hüten, die „durch die Armeen der Kreuzritter [gemeint sind Christen], die in das Land eingedrungen sind“, verbreitet würden.
- **Diskriminierung bei der Verteilung staatlicher Hilfen:** In dem Bundesstaat Kaduna im Norden Nigerias haben Christen laut eigenen Angaben sechsmal kleinere Nahrungsrationen von der Landesregierung erhalten als muslimische Familien. Mehrere Familien aus unterschiedlichen Ortschaften bestätigten diesen Bericht.
- **verstärkt tödliche Übergriffe gegen Christen:** In einigen Ländern nutzen Verfolger die derzeitige Situation, um Christen gezielt anzugreifen – teilweise unter dem Vorwand, man müsse die Christen als Verursacher der Pandemie bekämpfen. In den nigerianischen Bundesstaaten Kaduna und Plateau wurden zwischen Ende März und Ostern 31 Menschen getötet und viele Häuser zerstört.

Gebet als „wirksamstes Mittel“

Suleiman M*, Westafrika-Direktor von Open Doors: „Wir haben Anrufe von einigen Pastoren erhalten, die um Hilfe mit Nahrungsmitteln baten. Aber auch die Christen in den Flüchtlingslagern leiden unter der schwierigen Versorgungslage. Witwen und Waisen, die aufgrund der Einschränkungen nur ein geringes Einkommen haben, sind nicht in der Lage, weiter Handel zu treiben, und wir erhalten ständig Bitten um Nahrungsmittel und andere Unterstützung.“

Yasin A*, Ostafrika-Direktor von Open Doors, erklärte: „Diese Zeit der Coronavirus-Pandemie ist in vielerlei Hinsicht eine sehr unsichere und schwierige Zeit für die verfolgte Kirche in unserer Region. Ihr Gebet ist das wirksamste Mittel, um das Herz der verfolgten Gläubigen zu erreichen, wo immer sie sich befinden und in welchem Zustand sie auch sind.“

Auf dem Weltverfolgungsindex 2020 sind die genannten Länder in der Region wie folgt platziert: [Somalia](#): 3, [Sudan](#): 7, [Nigeria](#): 12, [Burkina Faso](#): 28 und [Äthiopien](#): 39.

Quellen: BBC, Africa Centre, Open Doors

**Name geändert*

Bitte beten Sie für die Christen in den Ländern südlich der Sahara:

- Beten Sie für die betroffenen Christen um Gottes Schutz und Versorgung in allen Bereichen.
- Beten Sie für die Pastoren und Gemeindeleiter um Weisheit, wie sie den Christen in dieser schwierigen Zeit am besten dienen und sie ermutigen können.
- „Betet füreinander, dass ihr gesund werdet. Des Gerechten Gebet vermag viel, wenn es ernstlich ist.“ (Jakobus 5,16)
- Beten Sie, dass alle Versuche, die Situation auszunutzen, um den Christen Leid zuzufügen, vereitelt werden.
- Beten Sie für die Mitarbeiter von Open Doors in der Region, dass Jesus sie mit Weisheit, Kraft und kreativen Ideen beschenkt, um den Christen weiterhin dienen zu können.

Südafrika: Raubüberfall auf die Kathedrale in Kapstadt

Geweihte Hostie entwendet

Johannesburg (Fides) - „Mit großer Trauer und Besorgnis bestätigen wir dass die Kathedrale zerstört wurde und dass ein Ziborium, eine Pyxis, vier silberne Kandelaber und ein vergoldeter Kelch, zwei vergoldete Teller zusammen mit den Spenden aus der Kasse der Votivkerzen gestohlen wurden“, so der Weihbischof der Erzdiözese Kapstadt Sylvester David, zum Einbruch in der Kathedrale Unserer Lieben Frau von der Flucht in Ägypten der Erzdiözese Kapstadt in der Nacht des 18. April. Der Weihbischof fügte folgende Details hinzu: "Die geweihten Hostien des Ziboriums wurden im Tabernakel zurückgelassen, aber die Hostie in der Pyxis ist verschwunden. Das ist für uns eine Kirchenschändung".

Die Kathedrale in Kapstadt ist die älteste Kathedrale in Südafrika und gilt daher als Mutterkirche aller Katholiken im südlichen Afrika. Die Kathedrale wurde am Vorabend des Festes Unserer Lieben Frau von der Flucht in Ägypten am 28. April 1851 geweiht. Sie befindet sich in Kapstadt direkt gegenüber dem Parlamentsgebäude. Die Kirche wurde gemäß den Vorschriften zur Bekämpfung von Covid-19 geschlossen.

(L.M.) (Fides 21/4/2020)



Syrien: Vor sieben Jahren wurden zwei orthodoxe Bischöfe entführt

Kauder: Die Tat hat eine tiefe Wunde in das Leben der dortigen Christen gerissen

Berlin/Göttingen (idea) – Politiker und Menschenrechtler haben an zwei Kirchenleiter erinnert, die vor sieben Jahren in Syrien entführt wurden: den syrisch-orthodoxen Erzbischof von Aleppo, Mor Gregorius Yohanna Ibrahim, und den griechisch-orthodoxen Erzbischof von Aleppo und Iskenderun, Boulos Yazigi. Sie wollten damals über die Freilassung eines von Islamisten verschleppten Priesters verhandeln. Auf dem Weg zu dem angeblichen Treffen wurde ihr Wagen am 22. April 2013 im Westen von Aleppo unweit der türkischen Grenze gestoppt und ihr Fahrer, ein Diakon, erschossen. Bisher hat sich niemand zu der Tat bekannt. Es wird aber vermutet, dass Islamisten dafür verantwortlich sind. Das Schicksal der Kirchenleiter ist nach wie vor ungeklärt. Der Bundestagsabgeordnete Volker Kauder – in der CDU/CSU-Fraktion zuständig für Wertethemen, Religionsfreiheit und Einsatz gegen Christenverfolgung – erklärte, die Entführung der beiden Erzbischöfe habe eine tiefe Wunde in das Leben der Christen in Syrien gerissen. Sie gälten als Fürsprecher einer friedlichen Koexistenz der dortigen Religionsgemeinschaften. Diese Botschaft des Miteinanders und des Friedens sei heute wichtiger denn je. Kauder: „An der Seite der syrisch-orthodoxen und griechisch-orthodoxen Christen in aller Welt erinnern wir uns heute an die Bischöfe und mit ihnen an alle Christen in Syrien, die Opfer von Gewalt und Verfolgung wurden.“ Der Vorsitzende des Stephanuskreises der CDU/CSU-Fraktion, Heribert Hirte, nannte das Schicksal der beiden Erzbischöfe „beispielhaft für das Leid, das durch die Verfolgung aufgrund religiöser Merkmale entsteht“. Gegen eine solche Verfolgung stelle sich der Stephanuskreis. Dieser ist ein überkonfessionelles Gesprächsforum, das für Toleranz und Religionsfreiheit eintritt und sich um die Situation verfolgter Christen in aller Welt kümmert.

Gesellschaft für bedrohte Völker hofft weiter auf eine Rückkehr der Bischöfe

Die Gesellschaft für bedrohte Völker in Göttingen äußerte sich ebenfalls zum siebten Jahrestag der Entführung. „Auch nach sieben Jahren bangen Wartens bleibt die Hoffnung auf eine Rückkehr der beiden Bischöfe aus Aleppo ungebrochen“, erklärte der Nahostexperte der Menschenrechtsorganisation, Kamal Sido. Zwar gingen die meisten Beobachter davon aus, dass die beiden Erzbischöfe nach so langer Zeit nicht mehr am Leben sein können, „dennoch wollen wir die Hoffnung nicht verlieren, dass sie bald nach Aleppo zurückkehren, um sich am Wiederaufbau des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu beteiligen“. Die beiden Bischöfe wurden 2014 auf Vorschlag der Gesellschaft für bedrohte Völker mit dem Weimarer Menschenrechtspreis ausgezeichnet. Damit wurde ihr Einsatz als Vermittler, Botschafter und Kämpfer für die Menschenrechte im anhaltenden Bürgerkrieg gewürdigt. Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland erinnert ebenfalls an die beiden Erzbischöfe. Der für die Aramäische Gemeinschaft traurige Jahrestag dürfe nicht in Vergessenheit geraten, heißt es in einer Mitteilung. Man hoffe weiter auf eine wohlbehaltene Rückkehr der Bischöfe.

Tansania: Präsident lädt zum dreitägigen landesweiten Gebet ein

Corona-Epidemie

Dar es Salaam (Fides) – Der tansanische Präsident John Pombe Magufuli lädt zu einem dreitägigen landesweiten Gebet, mit der Bitte um die Hilfe Gottes bei der Überwindung der Corona-Epidemie ein. "Angesichts der Pandemie fordere ich unsere tansanischen Mitbürger auf, die kommenden drei Tage vom 17. bis 19. April zu nutzen, um zu Gott um seinen Schutz und seine Heilung zu beten", so das katholische Staatsoberhaupt in einem offiziellen Tweet.

Unterdessen wurden in Tansania insgesamt 94 Infektionen gemeldet. Wie der Gesundheitsminister Ummu Mwalimu bestätigt, traten die Fälle in der Handelshauptstadt Dar es Salaam, in der Stadt Mwanza am Ufer des Viktoriasees und im nördlichen Kilimandscharogebiet auf. Vier Patienten sind inzwischen an dem Virus gestorben, seit sein erster Fall am 16. März gemeldet wurde.

Tansania hat weder Beschränkungen für Fortbewegungen auferlegt noch seine Grenzen geschlossen. Doch größere Zusammenkünfte wurden verboten und die Schließung von Bildungseinrichtungen und Schulen angeordnet. Katholische Kirchen sind in Tansania wie auch andere Kultstätten geöffnet. Laut kirchlichen Quellen besuchten Tausende von Menschen öffentliche Messen, nachdem der Präsident mitteilen ließ, dass es Kirchen und Moscheen erlaubt ist, offen zu bleiben, damit die Menschen dort geistlichen Trost und materielle Hilfe suchen können.

Unterdessen brachte die katholische Kirche Maßnahmen auf den Weg, um die Hygiene und Sicherheit der Gläubigen zu gewährleisten, z. B. soll soziale Distanz aufrecht erhalten und die Praktiken vermieden werden, die Menschen miteinander in Kontakt bringen.

(L.M.) (Fides 17/4/2020)

Ukraine: „Brücke der Hoffnung“ versorgt Notleidende

Corona: Seine sechs Kinderhäuser musste das christliche Hilfswerk aber schließen

Wetzlar/Swetlowodsk (idea) – Infolge der Corona-Pandemie hat das christliche Hilfswerk „Brücke der Hoffnung“ (Hüttenberg bei Wetzlar) seine Arbeit in sechs Kinderhäusern in der Ukraine eingestellt. Dort wurden zuvor bis zu 300 Kinder im Alter zwischen fünf und 16 Jahren betreut. Sie bekamen Nachhilfeunterricht, Essen und erlebten ein christliches Freizeitprogramm. Jetzt ist die Arbeit dort verboten. Die Kinder werden nun ausschließlich von ihren Familien betreut. Das Werk konzentrierte sich jetzt vor allem auf humanitäre Hilfe, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und landwirtschaftliche Projekte, teilte Missionsleiter Burkhard Rudat der Evangelischen Nachrichtenagentur idea mit. Davon profitierten auch die Kinder und deren Familien. Viele Menschen hätten ihre Arbeitsstellen verloren. Rudat: „Sie bekommen gar keine oder nur sehr geringe Arbeitslosenunterstützung.“ Deshalb seien Lebensmittellieferungen gegenwärtig besonders nötig. Um den Einwohnern zu helfen, habe man Suppenküchen eingerichtet und backe Brot. Besonders unter der Corona-Krise litten die „vergessenen Dörfer“ in der Nähe der 42.000 Einwohner zählenden Stadt Swetlowodsk, 300 Kilometer südlich der Hauptstadt Kiew. Sie seien vom Nahverkehr abgeschnitten. Lebensmittel und Medikamente würden knapp. Viele Menschen dort hätten Angst und litten unter Depressionen.

Durch das Internet mit Kindern verbunden

Mit den Kindern in den Heimen sei das Werk weiter über das Internet verbunden. Rudat: „Sie können morgens eine biblische Geschichte hören, und abends wird ihnen aus einem Buch vorgelesen.“ Ein Hilfsgütertransport in die Ukraine habe abgesagt werden müssen, weil das Land seine Grenzen geschlossen habe. In der Ukraine gibt es nach Angaben der US-amerikanischen Johns-Hopkins-Universität bisher 4.662 bestätigte Corona-Fälle (Stand: 17. April). 125 Personen starben infolge der Infektion. Am 25. März wurde für 30 Tage der Notstand ausgerufen. Mit Ausnahme von Apotheken, Lebensmittelläden, Tankstellen und Banken sind alle Geschäfte und Dienstleister geschlossen. Das 1977 gegründete Werk „Brücke der Hoffnung“ beschäftigt in der Ukraine 30 und in Deutschland sieben Mitarbeiter.

Usbekistan: Razzien trotz Ausgehverbot

Obwohl das öffentliche Leben in Usbekistan durch die von der Regierung verordneten Einschränkungen fast zum Stillstand gekommen ist, führen die Sicherheitsbehörden nach wie vor Razzien in Privatwohnungen durch, insbesondere um religiöse Literatur aufzuspüren und zu beschlagnahmen.

Betroffen sind derzeit vor allem Muslime.

Am 31. März fragte der Chirurg Dr. Alimardon Sultonov vom staatlichen Zentralkrankenhaus Ellikkala in der Region Karakalpakstan beim lokalen medizinischen Notdienst telefonisch an, ob es in der Region Infektionen mit dem Coronavirus gebe. Daraufhin kamen am 2. April fünf Beamte, darunter ein Offizier der Polizeiabteilung für die Bekämpfung des Extremismus und Terrorismus und Beamte der Geheimpolizei, in das Krankenhaus, um Dr. Sultonov zu befragen, der auch dafür bekannt ist, in der Öffentlichkeit über die Glaubensfreiheit für Muslime zu sprechen. Die Beamten gaben vor, die Einhaltung der Schutzmaßnahmen wegen des Coronavirus zu überprüfen. Ungeachtet des Infektionsrisikos setzten die aus Nukus, der Hauptstadt der Region, angereisten Beamten mit ihrem Besuch im Krankenhaus Ärzte, Pflegepersonal und Patienten diesem Risiko aus. Die Beamten befragten Dr. Sultonov, ob er irgendwelche religiösen Texte hätte. Er antwortete, dass er islamisches Material auf seinem Computer hätte. Daher wurde dieser von den Beamten beschlagnahmt. Danach wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet, wobei ihm ohne jeden Zusammenhang zur Beschlagnahme des Computers mit den religiösen Texten zur Last gelegt wurde, falsche Informationen über die Anti-Corona Maßnahmen verbreitet zu haben. Das Verbot der bewussten Verbreitung von Falschinformationen über das Coronavirus und die zu dessen Eindämmung ergriffenen Maßnahmen wurde erst am 26. März 2020 als Artikel 244-5 in das usbekische Strafgesetzbuch aufgenommen. Die Höchststrafe für dieses Delikt beträgt 200 monatliche Mindestgehälter bzw. 2 Jahre Haft. Noch höhere Strafen können verhängt werden, wenn die Verbreitung der Informationen über Printmedien oder online erfolgt. Derzeit kann Dr. Sultonov ungehindert arbeiten und wurde auch nicht mehr verhört. Er fürchtet jedoch, dass die Behörden weitere schwerwiegendere Anklagen wegen angeblichem „religiösen Extremismus“ gegen ihn erheben könnten.

In Margilan bekam eine pensionierte Lehrerin, die Mädchen Koranunterricht erteilt, Besuch von Polizei und Geheimpolizei. Korane in arabischer Sprache, Arabischlehrbücher und in Usbekistan verlegte islamische Lehrbücher wurden ihr und ihren Schülerinnen abgenommen. Gegen die ehemalige Lehrerin wurde ein Verfahren eingeleitet.

Studenten der wenigen Medressen, wo die Imame für die staatlich zugelassenen Moscheen ausgebildet werden, hatten nach Schließung der Bildungseinrichtungen im März gebeten, Bücher zum Selbststudium mit nach Hause nehmen zu dürfen. Beamte in Zivil, die nicht angaben, von welcher Behörde sie sind, haben die Bücher beschlagnahmt und weigern sich, sie wieder herauszugeben.

Religionsunterricht ist in Usbekistan selbst den Imamen der staatlich registrierten Moscheen verboten. Die Behörden üben Druck auf Lehrende und Eltern aus, Kinder weder religiös zu unterrichten noch ihnen zu gestatten Gottesdienste oder andere religiöse Veranstaltungen zu besuchen.

Bahodir Eliboyev, ein Menschenrechtsaktivist aus der Region Fergana, berichtete gegenüber Forum 18: „Wir als Muslime können die Bücher unserer Imame nicht lesen, die die Grundlagen unseres Glaubens erklären. Viele Muslime in Usbekistan wissen heute nicht einmal, dass es solche Bücher gibt, da wir nicht einmal elektronische Versionen finden können, die von den Behörden im Internet gesperrt werden.“ Die Sperre von Webseiten betrifft nicht nur islamische Seiten sondern generell die Internetauftritte von der Regierung nicht genehmigten Religionsgemeinschaften.

Baptisten vom Bund der Evangeliumschröten-Baptisten berichten immer wieder vom Verbot, Bücher zu importieren. Da sie grundsätzlich keine staatliche Registrierung ihrer Gemeinden anstreben, sind alle Gottesdienste und Aktivitäten der Gemeinschaft illegal und werden immer wieder hohe Geldstrafen gegen ihre Leiter und Gläubigen verhängt.

Ein anderer Aktivist kommentierte die umfangreichen Verbote, Zensur religiöser Literatur und sonstigen Einschränkungen mit den Worten: „Wie in der alten Sowjetunion“.

In den abschließenden Bemerkungen vom 2. April 2020 kritisierte der UN-Menschenrechtsrat die Menschenrechtssituation in Usbekistan und äußerte sich unter anderem besorgt über die Zensur religiöser Literatur und die Einschränkung ihres Gebrauchs. Der Menschenrechtsrat forderte Usbekistan auf, die Religions- und Glaubensfreiheit zu garantieren sowie das Recht, seine Religion zu bekunden, und sich aller Handlungen zu enthalten, durch die diese Freiheiten über den engen Rahmen hinaus eingeschränkt würden, der in Artikel 18 des internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte festgelegt ist.

Quelle: Forum 18, Oslo (Meldung vom 17. April 2020)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Weltweit: ADRA engagiert sich weltweit zur Eindämmung der Coronakrise

ADRA, das Hilfswerk der Adventisten, (Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe) berichtet über Hilfsmassnahmen für COVID-19 Betroffene in verschiedenen Ländern.

Silver Spring, Maryland/USA | 21.04.2020 | APD | ADRA berichtet über Hilfsmassnahmen für COVID-19 Betroffene in verschiedenen Ländern.

Neuausrichtung internationaler Hilfsprogramme

Mario Oliveira, verantwortlich für die Abwicklung der Nothilfe bei ADRA International, berichtete, dass viele der internationalen Programme von ADRA mit einer COVID-19-Komponente ergänzt wurden.

Um die Ausbreitung von COVID-19 einzudämmen, arbeiteten „engagierte ADRA-Mitarbeiter an vorderster Front gegen das Coronavirus und bieten eine Reihe von Hilfsmassnahmen an, die von Land zu Land unterschiedlich sind“, so Oliveira. „Dazu gehören die Verteilung von Handdesinfektionsmitteln, Lebensmittelsets, Bargeldgutscheinen, Gesichtsmasken, aber auch Hygieneaufklärung und -schulung sowie die Beratung der Bevölkerung und des Gesundheitspersonals, um sicherzustellen, dass sie gesund bleiben, und vieles mehr.“

Albanien: ADRA verteilt Nahrungsmittel und Hygienesets

Die deutsche Botschaft in Tirana habe ADRA Albanien tatkräftig unterstützt, berichtet das Hilfswerk. 35 Familien, die besonders unter den Auswirkungen von COVID-19 zu leiden haben, wurden im Beisein des deutschen Botschafters mit Nahrungspaketen versorgt. In den kommenden acht Wochen sollen regelmässig Roma- und ägyptische Familien aus marginalisierten Gemeinden Nahrungs- und Hygienepakete erhalten.

Bugarien: ADRA desinfiziert Transportmittel des öffentlichen Verkehrs

In Sofia, Hauptstadt von Bulgarien, desinfizieren Freiwillige von ADRA Busse des öffentlichen Verkehrs. Die Schutzkleidung wird von der Stadt zur Verfügung gestellt. Personen aus Risikogruppen werden in Taschen abgepackte Lebensmittel verteilt. Über 100 Freiwillige unterstützten die ADRA Teams in Sofia, um Senioren mit Esswaren zu versorgen.

Deutschland: ADRA plant in Jemen eine COVID-19-Klinik zu führen

ADRA Deutschland hat mit ADRA Jemen eine Task Force eingerichtet, die sich mit den Plänen und Vorbereitungen für COVID-19 befasst. Begünstigte aus einem ADRA-Projekt verteilen Gesichtsmasken und Handschuhe an die Bevölkerung. Es werden auch mobile Kliniken und mehrere Krankenstationen unterstützt. In der Stadt Saada sollen in einem der vom Hilfswerk unterstützten Krankenhäuser im Bedarfsfall vor allem COVID-19 Patienten behandelt werden. Das ADRA-Krankenhaus in Hodaydah bereitet einen Behandlungsraum für hochinfektiöse Patienten vor. Zusätzlich informiert ADRA die Öffentlichkeit über die Bedeutung und Anwendung von Hygienemassnahmen zur Vermeidung von Ansteckungen.

Italien: ADRA verteilt Lebensmittel an besonders gefährdete Personen

ADRA Italien hat in vielen Städten in Italien Ortsgruppen mit Freiwilligen, die bedürftigen Familien und älteren Personen Lebensmittel und andere Güter nach Hause bringen. Die Adressen der Personen erhalten die ADRA-Gruppen von anderen im sozialen Bereich tätigen Organisationen.

Kambodscha: ADRA verteilt Schutzausrüstung und informiert

Als Reaktion auf die rasche Ausbreitung der COVID-19-Pandemie, die das Gesundheitssystem von Kambodscha erheblich in Mitleidenschaft gezogen hat, stellte ADRA in Kambodscha persönliche Schutzausrüstung für knapp 2.000 Mitarbeitende im Gesundheitswesen zur Verfügung: Operationsmasken, Handschuhe, Alkohol, 20-Liter-Sprühbehälter, Handdesinfektionsgele und Thermometer. ADRA fördert auch Aufklärungskampagnen mit Broschüren, Poster und Banner, um die Verbreitung von COVID-19 zu minimieren. Das Hilfswerk sendet im Radio auch entsprechende Durchsagen und verteilt Informationsmaterial, von dem in den Gesundheitszentren des Landes rund eine Million Personen profitieren sollen.

Kongo: Neuer Ebola-Fall – ADRA installiert Handwaschgelegenheiten

Die Coronapandemie ist auch in der Demokratischen Republik Kongo angekommen. Das Virus trifft auf eine geschwächte Bevölkerung, die unter dramatischen Mehrfachbelastungen leidet. Diese werden die Sterblichkeit durch COVID-19 zusätzlich steigern. ADRA installiert an öffentlichen Plätzen in der Region Musienene Handwaschgelegenheiten und kümmert sich ganz besonders um Kleinkinder bis 23 Monate sowie um werdende und stillende Mütter, die sich mit dem Ebola-Virus infiziert haben. Ausserdem gibt es eine psychologische Betreuung für Waisenkinder.

Ostukraine: ADRA gibt Reinigungsmittel ab und begleitet Menschen digital

Seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges 2014 leistet ADRA Deutschland humanitäre Hilfe in den Gebieten Donezk und Luhansk. Im Dezember letzten Jahres wurde ein Projekt für insgesamt 13.000 Personen fortgesetzt, das den humanitären Schutz, die psychosoziale Gesundheit, den Zugang zu Basisdienstleistungen und zu Trinkwasser der betroffenen Bevölkerung verbessert. In dem Projekt wird jetzt der Hygieneteil umgeplant. ADRA bringt nun die Reinigungsmittel und das Wissen um die richtige Anwendung von Hygiene zu den Menschen nach Hause.

Menschen, die in einer unsicheren Lage leben, wie die Menschen in der Ostukraine, sind einer besonderen psychischen Belastung ausgesetzt. Deshalb ist auch psychosoziale Betreuung ein wichtiger Faktor des Projekts. Einzel- oder Gruppentherapiesitzungen finden digital statt. Neu werden auch Kinder einbezogen und das Thema Gewaltprävention integriert, weil häusliche Gewalt aufgrund der Isolation zunimmt.

Österreich: ADRA verteilt Lebensmittelpakete und bietet Lernhilfe

Das Sozialzentrum von ADRA in Wien verteilt Lebensmittelpakete und Kinderbücher oder Bastel- und Malsachen. Das Hilfswerk versucht auch Personen als Lernhilfen für Kinder zu vermitteln, deren Schulen geschlossen sind und deren Eltern ihnen nicht helfen können.

Philippinen: ADRA stellt der Bevölkerung Hygienemittel zu Verfügung

ADRA übergab 1.180 Liter Desinfektionsmittel, 2.360 Handseifen und 726 Liter Alkohol an die Stadt Silang als Teil der COVID-19-Hilfe mit dem Slogan "Reis und Hygiene-Sets". Damit hoffen die ADRA-Verantwortlichen die Hygiene zu fördern und die Ausbreitung des Coronavirus eindämmen zu können.

Portugal: ADRA-Freiwillige nähen Schutzmasken und verteilen Lebensmittel

Mit einem Freiwilligenprojekt will ADRA Portugal 5.000 Schutzmasken nähen. Dazu wurde auch ein Video-Tutorial erstellt. Die Masken sollen an Personen verteilt werden, die mit älteren Personen arbeiten. Gleichzeitig verteilen ADRA-Mitarbeitende und Freiwillige Lebensmittelpakete an Bedürftige.

Schweiz: ADRA startet Aktion „Jung für Alt“ – Freiwilligenwoche verschoben

Seit drei Wochen läuft die ADRA-Aktion "Jung für Alt", in welcher zur Solidarität und einem sozialen Miteinander aufgerufen wird, indem sich junge Menschen für ältere Personen engagieren. Das Projekt der Essensausgabe in Bürglen/TG, bei welchem über 200 Menschen regelmässig mit Essenwaren versorgt werden, läuft auch während der Corona-Krise leicht angepasst weiter: Die älteren freiwilligen Helfer wurden durch jüngere Freiwillige ersetzt, zudem erfolgt die Abgabe nicht mehr im Geschäft, sondern über einen Tisch davor. Die erste Freiwilligenwoche in diesem Jahr musste vom April auf den 17. bis 22. Mai 2020 verschoben werden.

Uruguay: ADRA versorgt arme Familien mit Nahrungsmitteln

Aufgrund des nationalen Notstands wegen COVID-19 hat sich ADRA Uruguay entschieden seine regelmässigen Aktivitäten in vier Kinder- und Jugendprojekten auszusetzen. Dafür werden die betroffenen 180 Familien, rund 800 Personen, mit Lebensmitteln beliefert.

Michael Kruger, Präsident von ADRA International, lässt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer Botschaft wissen, dass ADRA die Coronavirus-Situation laufend überwache. „Wir folgen den Anweisungen der Regierungen, mindern das Risiko und - vor allem - vertrauen auf Gott. Wir beten, dass Sie dasselbe tun.“

Diese APD-Meldung auf der APD-Website:

<https://www.apd.media/news/archiv/13753.html>

Weltweit: Alles neu, alles beim Alten

(AVC) Einheimische Mitarbeiter und Missionare stehen weltweit unter „Hausarrest“, mit unterschiedlich strengen Auflagen. Ein Partner von AVC wurde tötlich angegriffen, weil er als Freund der Weißen, was in diesem Fall mit „Corona-Importeuren“ gleichgesetzt wurde, gilt.

Die ohnehin schon schlimme Lage für Christen weltweit, wird zum Teil extrem verschärft, wenn sie als Christen in Läden nichts mehr kaufen können und von staatlichen Hilfen ausgeschlossen werden. Darüber hinaus geht die „normale“ Christenverfolgung - bis hin zum Töten der Brüder und Schwestern - weiter.

Wir beten

- > für die verfolgten Christen, dass sie die notwendige Hilfe erhalten,
- > für die Missionare und Mitarbeiter um Gesundheit und Schutz,
- > für die reguläre Arbeit, dass sie möglichst ungehindert weitergehen kann,
- > für die diverseren Corona-Projekte, dass sie finanziell und personell abgedeckt sind.



Weltweit: Hinweis auf Ramadan

Christen begleiten Muslime während des Fastenmonats.

(ERF) Beten im Ramadan

Essen abends und nachts. Kein Essen tagsüber, aber auch kein Trinken. Das ist Pflicht für fromme Muslime im Fastenmonat Ramadan. Und sie beten fünfmal am Tag die vorgeschriebenen Gebete zu Allah. Wie aber können christliche Nachbarn und Freunde fromme Muslime in den kommenden Wochen [begleiten](#) bei ihrer Suche nach Gott? Über „Beten im Ramadan“ spricht Ingrid Heinzmaier mit Dr. Reinhard Strähler von der Evangeliumsgemeinschaft Mittlerer Osten.

Link zur Sendung

[Website von 30 Tage Gebet](#)

www.30tagegebet.de

Westafrika, Kamerun, Nigeria, Tschad, Niger

Boko-Haram Führer dankt Allah auf Twitter für den Corona-Virus, weil die antichristlichen Terrorangriffe während der Ausgangssperre zunehmen.

Abubakar Shekau, der nigerianische Boko Haram Führer erklärte, dass die Corona-Pandemie „durch das Böse verursacht“ wurde, während er die Schutzmaßnahmen der Regierung gegen Covid-19 ins Lächerliche zog.

Inzwischen haben Analysten gewarnt, dass die Attacken in Westafrika zunehmen, da Boko-Haram und andere Terrorgruppen es ausnutzen, dass die ganze Welt sich auf das Corona-Virus konzentriert. Boko-Haram und der Islamische Staat in der Westafrikanischen Provinz (ISWAP) in dem Gebiet vom Tschad-See verstärken ihre Aktivitäten, während die Ausgangssperre im **Tschad und Nigeria** weitergeht.

Shekau behauptet, das sich „nichts geändert hat“ im täglichen Leben der islamistischen Gruppe „Wir beten fünfmal am Tag...wir halten zusammen. Wir arbeiten zusammen. Wir essen aus einer Schüssel. Es geht uns sehr, sehr, sehr gut. Wir haben Anti-Virus. Ihr habt das Corona-Virus, aber wir haben Anti-Corona-Virus“, spottete er. „Wir danken Gott für diese Pandemie“. – so tobte der Jihadist und beschimpfte die Regierungsführer, einschließlich der Präsidenten von Tschad, Niger, Nigeria und den USA. Seine Tirade war mit vorher aufgenommenen Gewehrschüssen „gesalzen“, die im Hintergrund ertönten.

Am 5. April zündeten zwei Boko-Haram Terroristen Selbstmordbomben in der Stadt Amchide in **Nord-Kamerun**, einer vorwiegend christlichen Gegend, wobei sieben Menschen getötet und 15 verletzt wurden. Zwei Teenager und ein Dorfältester waren unter den Toten.

Quelle: Barnabasfund, bearbeitet und übersetzt von AKREF

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz (DEA)

Spendenkonto:

IBAN: DE8752060410000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebete-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]